SRG SSR Wahlbarometer

Studienbericht

Juli 2023

SOTOMO

1	**Aktuelle Wahlabsicht**	**3**
1.1	Grüne verlieren deutlich – SVP legt zu	3
1.2	FDP und Mitte fast gleichauf	5
1.3	Blöcke: Korrekturwahl	6
1.4	Parteileitung und politische Ausrichtung	8
1.5	Zuversicht bezüglich Wahlausgang	10
2	**Themen, Herausforderungen und Ärgernisse**	**14**
2.1	Herausforderungen: Prämien schlagen Wohnpreise	14
2.2	Parteien: Herausforderungen und Defizite	17
2.3	Die grössten Ärgernisse	20
2.4	Themen nach Bevölkerungsgruppen	24
3	**Einschätzung von Bundesrat und Parlament**	**32**
3.1	Bundesrat: Einfluss-Rating	32
3.2	Bundesrat: Sympathie-Rating	36
3.3	Ausrichtung der Räte	38
3.4	Zusammensetzung des Bundesrats	44
4	**Profil der Wählenden**	**48**
4.1	Demographie: Geschlecht und Alter	48
4.2	Soziale Schichtung: Bildung und Einkommen	51
4.3	Selbstpositionierung auf der Links-rechts-Achse	55
5	**Datenerhebung und Methode**	**57**

IMPRESSUM

SRG SSR Wahlbarometer, 07/2023

Auftrag: SRG SSR

Ausführung: Sotomo, Dolderstrasse 24, 8032 Zürich.

Projektteam: Michael Hermann, Sarah Bütikofer, Virginia Wenger

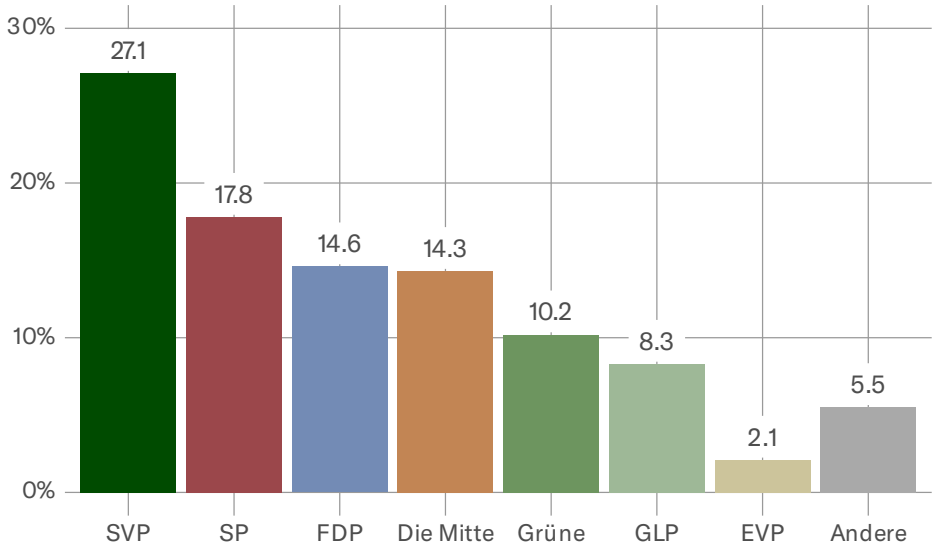
Aktuelle Wahlabsicht

Das SRG Wahlbarometer zeigt die Wahlabsicht der Schweizer Stimmbevölkerung vier Monate vor den nationalen Wahlen. Die Datenerhebung erfolgte online zwischen dem 8. Juni und dem 22. Juni 2023 via Panel von Sotomo sowie über die Online-Kanäle der SRG. Die Ergebnisse der Umfrage basieren auf 25‘216 gültigen Teilnahmen und sind repräsentativ für die aktive Stimmbevölkerung der Schweiz.

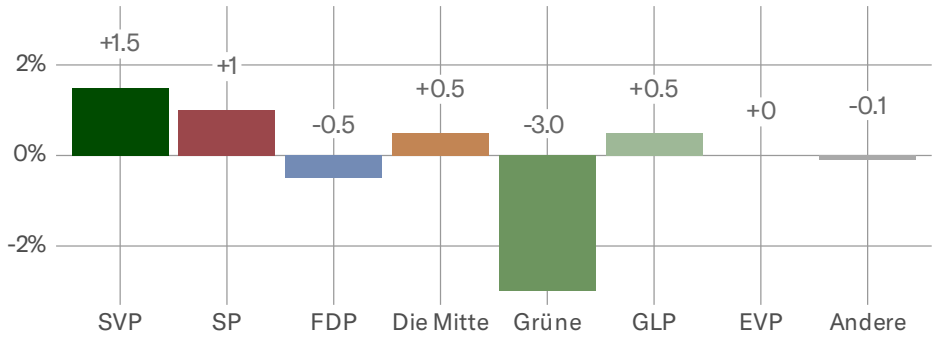
1.1. GRÜNE VERLIEREN DEUTLICH – SVP LEGT ZU

Im zweiten SRG Wahlbarometer des Wahljahres 2023 sind die Grünen weiterhin in der Defensive. Die Grünen verlieren gemäss aktueller Wahlabsicht 3,0 Prozentpunkte. Ihr Trend zeigt seit Oktober 2021 nach unten. Mit einem Wähleranteil von 10,2 wären sie nur noch knapp im zweistelligen Bereich. Obwohl dies immer noch das zweitbeste Ergebnis in der Geschichte der Grünen wäre, liegt es bloss knapp über ihrem Wahlresultat von 2007 (9,6%). Da die Grünliberalen mit einem Plus 0,5 Prozentpunkten die erwarteten Verluste der Grünen nicht kompensieren, deutet vieles darauf hin, dass zumindest ein Teil des Erfolgs des grünen Spektrums von 2019 wieder rückgängig gemacht wird. Es gilt zu berücksichtigen, dass die Schätzgenauigkeit dieser Umfrage einer Zufallsstichprobe mit einem Strichprobenfehler von +/-1,2 Prozentpunkten entspricht.

Wähleranteile der Parteien gemäss aktueller Wahlabsicht (Abb. 1)



Gewinne und Verluste im Vergleich zu den Nationalratswahlen 2019 (Abb. 2)



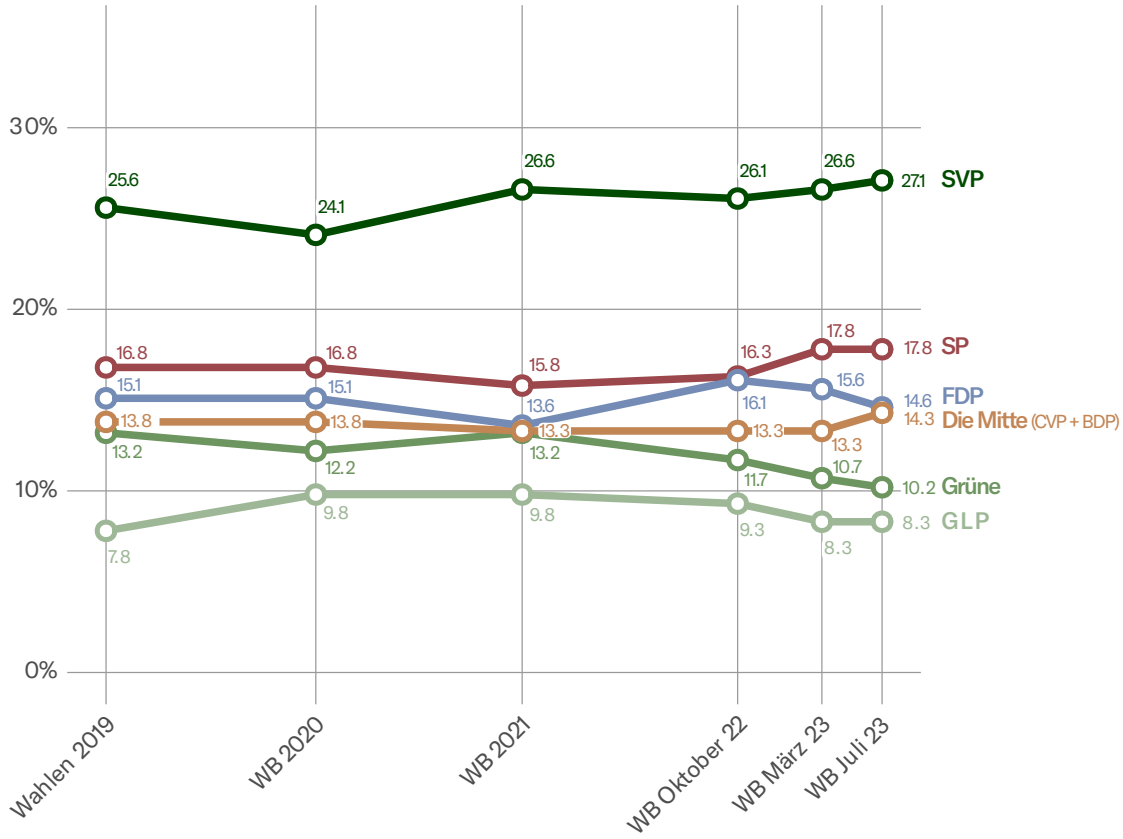
Die SVP verzeichnet mit plus 1,5 Prozentpunkten erstmals in dieser Wahlperiode einen signifikanten Zuwachs ihres Wähleranteils. Die SVP würde damit einen Teil ihrer Verluste von 2019 – damals büsste sie 3,8 Prozentpunkte ein – wieder kompensieren. Mit einem Wähleranteil von 27,1 Prozent könnte sie das drittbeste Resultat ihrer Geschichte erreichen. Ebenfalls tendenziell auf der Gewinnerseite steht die SP, die wie beim letzten Wahlbarometer bei einem Plus von 1,0 Prozentpunkten steht. Zumin-

dest ein Teil der linken Wählenden, die sich 2019 für die Grünen entschieden haben, scheinen zu den Sozialdemokraten zurückzukehren. Bei allen anderen untersuchten Parteien (FDP, Mitte, GLP, EVP) stehen die Zeichen auf Stabilität. Wie im folgenden Abschnitt gezeigt wird, kann dies dennoch zu relevanten Veränderungen im Parteiengefüge führen.

1.2. FDP UND MITTE FAST GLEICHAUF

Entwicklung der nationalen Wähleranteile (Abb. 3)

Nationalratswahlen 2019, SRG Wahlbarometer 2020, SRG Wahlbarometer 2021, SRG Wahlbarometer 2022



Trotz grosser Stabilität im gemässigten bürgerlichen Spektrum könnte es bei den Wahlen 2023 zu einer historischen Verschiebung kommen. Gemäss aktueller Wahlabsicht liegen FDP (14,6 %) und Mitte (14,3 %) praktisch gleichauf. Falls die beiden Parteien bei den Wahlen im Oktober die Plätze tauschen, würde

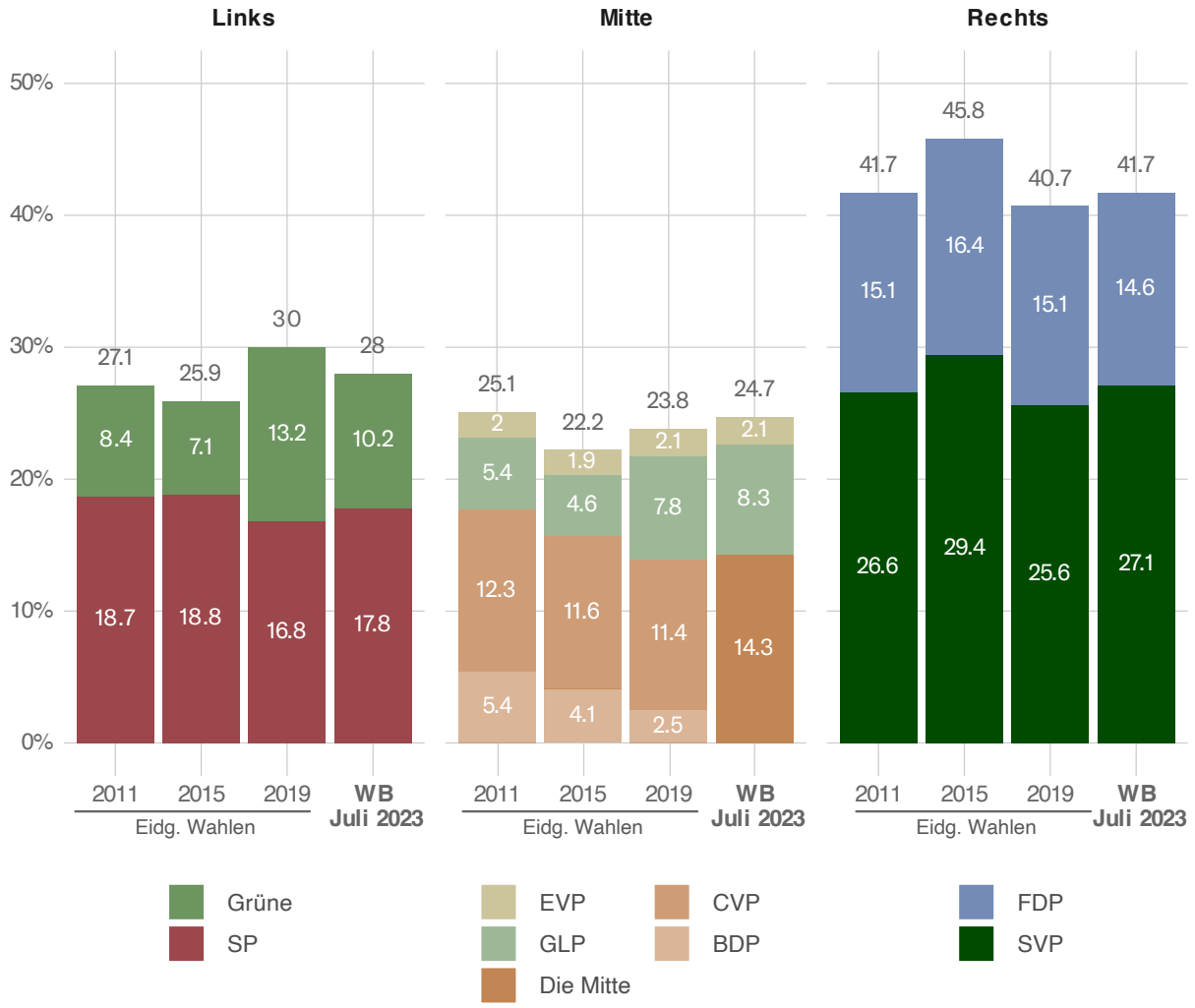
erstmals in der Geschichte der Schweiz die Nachfolgepartei der Katholisch-Konservativen, die sich 1848 gegen den neuen Bundesstaat stellten, die Partei überholen, die sich aus der freisinnig-liberalen Bewegung der Staatsgründer entwickelt hat. Diese Option erst möglich gemacht, hat der Zusammenschluss der CVP mit der BDP Anfang 2021 zur neuen Partei «Die Mitte». Wenn es der Mitte gelingt, die Wählerbasis der BDP zu binden, genügt ein Zuwachs von 0,5 Prozentpunkten, um rund 3 Prozentpunkte stärker zu sein als es die CVP 2019 war. Durch die Verbindung mit der reformiert geprägten BDP könnte es der Mitte gelingen, aus dem katholischen Milieu auszubrechen, an das die CVP bis zuletzt gebunden war. Überholt die Mitte die FDP könnte dies auch der Debatte über die Zusammensetzung des Bundesrats einen neuen Dreh geben. Schliesslich vertreten heute SVP und FDP die Ansicht, dass gemäss Konkordanz die drei grössten Parteien je 2 Sitze erhalten sollten und die viertgrösste einen. Bei einem Platztausch wäre die Mitte die drittgrösste Partei und die FDP nur noch Nummer vier. Während sich ein spannendes Rennen um den dritten Platz abzeichnet, sind andere Platzverschiebungen gegenwärtig eher unwahrscheinlich. Die SP schafft gemäss aktueller Wahlabsicht gut 3 Prozentpunkte mehr als die FDP und die Grünen liegen 4 Prozentpunkte hinter der Mitte. Der GLP fehlen rund 2 Prozentpunkte, um die Grünen abzufangen beziehungsweise um ihr selbstgestecktes Ziel eines zweistelligen Ergebnisses zu erreichen.

1.3. BLÖCKE: KORREKTURWAHL

Gemäss aktuellem SRG Wahlbarometer scheint 2023 eine Art Korrekturwahl anzustehen: Der starke Pendelschlag Richtung grün und progressiv von 2019 wird korrigiert, ohne dass es zu einem so deutlichen Rechtsruck kommt wie 2015.

Entwicklung der nationalen Wähleranteile – politische Blöcke (Abb. 4)

Nationalratswahlen 2011, Nationalratswahlen 2015, Nationalratswahlen 2019, SRG Wahlbarometer 2022



Wie Abbildung 4 zeigt, verliert das rotgrüne Lager aktuell 2 Prozentpunkte. Die Parteien rechts der Mitte (SVP und FDP) gewinnen nur 1 Punkt hinzu, weil die FDP im Unterschied zur SVP eher schwächelt. Interessant ist, dass die Parteien des Mittespektrums (Mitte, GLP und EVP) ebenfalls 1,0 Punkte zu legen. Der Trend zur Polarisierung scheint sich gegenwärtig nicht weiter fortzusetzen. Das ist ein interessanter Kontrast etwa zu Deutschland, Italien oder Frankreich, wo aktuelle Umfragen auf eine Stärkung des rechten Pols hinweisen. Im Vergleich dazu ist die erwartete Verschiebung nach rechts in der Schweiz eher geringfügig. Zu beachten ist, dass die Schweiz von den aktuellen Krisen (z.B. Inflation) weniger betroffen ist als

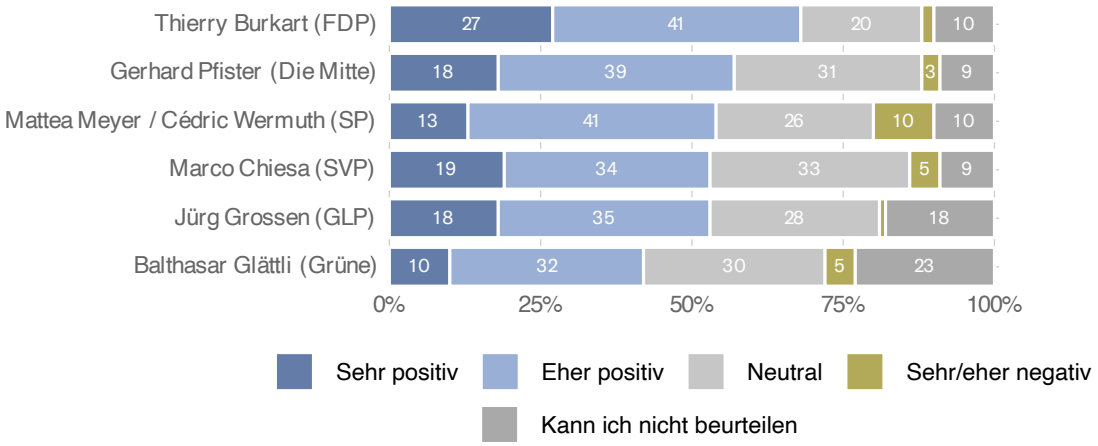
die Nachbarländer. Zudem wird in der Schweiz auch aufgrund der direkten Demokratie seit Jahrzehnten über Migration diskutiert, das Thema wird durch die aktuelle Parteienlandschaft bereits gut repräsentiert.

1.4. PARTEILEITUNG UND POLITISCHE AUSRICHTUNG

Obwohl die FDP im Vergleich zum Wahlbarometer vom Oktober 2022 deutlich an Schwung verloren hat, zeigt sich die Basis der FDP noch immer ausgesprochen zufrieden mit ihrem Präsidenten. 68 Prozent der Wählerinnen und Wähler der FDP schreiben Thierry Burkart einen positiven Effekt auf das Abschneiden der Partei zu (Abb. 5). Mit deutlichem Abstand an zweiter Stelle steht Mitte-Präsident Gerhard Pfister vor dem Co-Präsidium der SP, Mattea Meyer und Cédric Wermuth. Letztere sind die einzigen, die von einem relevanten Teil der Wählerbasis (10 %) kritisch beurteilt werden. Das Schlusslicht bildet Balthasar Glättli, der von 42 Prozent der Grünen Wählenden als Zugpferd seiner Partei angesehen wird. Fast jede vierte Person, die grün wählt, gibt an, die Bedeutung nicht einschätzen zu können.

Einschätzung des Parteipräsidiums der gewählten Partei (Abb. 5)

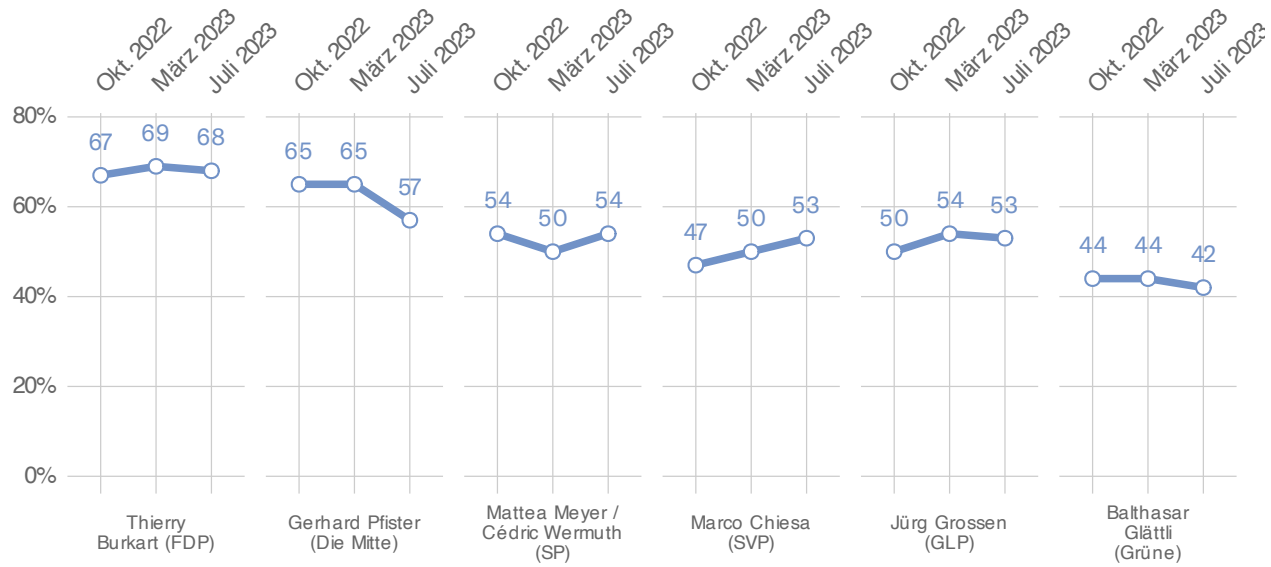
Frage: «Wie beurteilen Sie den Einfluss des/der <Partei>-Präsident:in <Name> auf das Abschneiden der <Partei>»



Mitte-Präsident Gerhard Pfister steht zwar weiterhin an zweiter Stelle. Der Anteil der Mitte-Wählenden, der ihm einen positiven Effekt zuschreibt, ist jedoch deutlich von 65 auf 57 Prozent gesunken. Ein stetiger Aufwärtstrend besteht bei SVP-Präsident Marco Chiesa. Hier scheint sich die Tatsache positiv auszuwirken, dass die SVP seit Anfang Jahr bei verschiedenen kantonalen Wahlen und in den Wahlumfragen zugelegt hat.

Einschätzung des Parteipräsidiums der gewählten Partei im Zeitverlauf (Abb. 6)

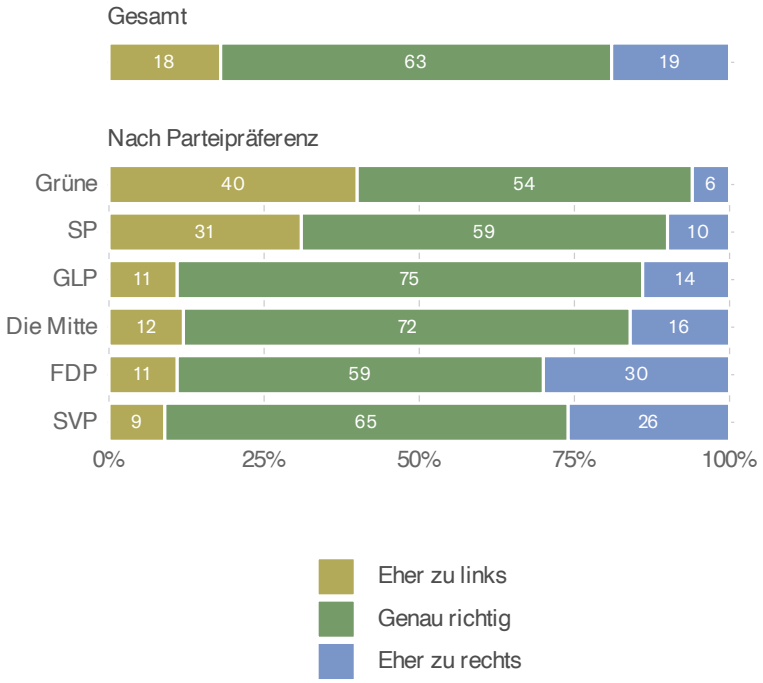
Frage: «Wie beurteilen Sie den Einfluss des/der <Partei>-Präsident:in <Name> auf das Abschneiden der <Partei>»; Vergleich der Befragungen



Geht es um die politische Ausrichtung der bevorzugten Partei, sind die meisten Befragten zufrieden (Abb. 8). Während viele Wählende der SP (31 %) und insbesondere der Grünen (40 %) der Ansicht sind, dass die von ihnen bevorzugte Partei zu links positioniert sei, sind die Verhältnisse auf der rechten Seite spiegelbildlich. Hier finden sich viele Wählende, die der Ansicht sind, dass die Partei ihrer Wahl eher zu rechts ausgerichtet sei. Dies gilt für die FDP (30 %) noch etwas mehr als für die SVP (26 %). Grossmehrheitlich zufrieden mit der Ausrichtung der bevorzugten Partei ist die Anhängerschaft der GLP und der Mitte.

Politische Ausrichtung der bevorzugten Partei (Abb. 7)

«Wie schätzen Sie die aktuelle politische Ausrichtung der Partei Ihrer Wahl ein?»



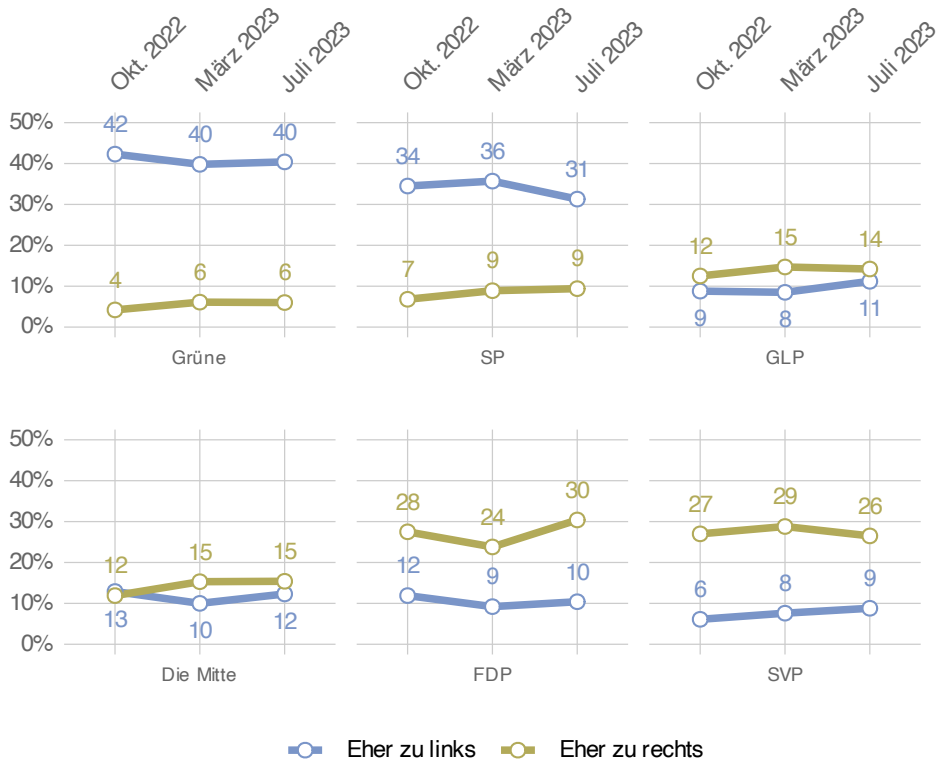
Die Auswertung im Zeitverlauf zeigt vor allem zwei interessante Verschiebungen: Der Anteil der Befragten, der die SP als zu links einstuft ist gesunken. Demgegenüber ist der Anteil jener FDP-Wählenden, die den Kurs der Partei als zu rechts einstuft, gestiegen. Anders als den Grünen unter der Führung von Balthasar Glättli ist es dem SP-Führungsduo der SP Meyer/Wermuth offenbar geglückt, näher zur Basis zu rücken.

1.5. ZUVERSICHT BEZÜGLICH WAHLAUSGANG

Die kommenden Wahlen wecken sowohl Hoffnung als auch Befürchtungen. Dies zeigt die Auswertung der Frage nach der Zuversicht bzgl. Wahlausgang. «Wie zuversichtlich sind Sie, dass die Zusammensetzung im Parlament nach den aktuellen Wahlen besser sein wird als heute?». Diese Frage wird von jenen Befragten am häufigsten positiv beantwortet, die beabsichtigen die FDP zu wählen. Dies passt zur positiven Beurteilung

Politische Ausrichtung der bevorzugten Partei im Zeitverlauf (Abb. 8)

«Wie schätzen Sie die aktuelle politische Ausrichtung der Partei Ihrer Wahl ein?»



von Thierry Burkarts Arbeit als Parteipräsident. Es passt aber nur bedingt zum eher durchzogenen Abschneiden der FDP im aktuellen Wahlbarometer.

Zuversicht bezüglich Wahlausgang nach Parteiorientierung (Abb. 9)

«Wie zuversichtlich sind Sie, dass die Zusammensetzung im Parlament nach den aktuellen Wahlen besser sein wird als heute? (Von 1: Gar nicht zuversichtlich, bis 5: Sehr zuversichtlich»

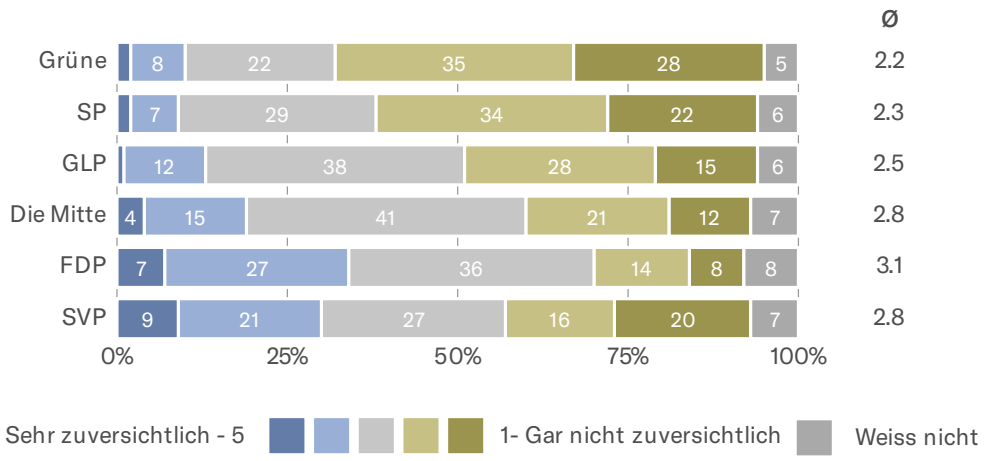
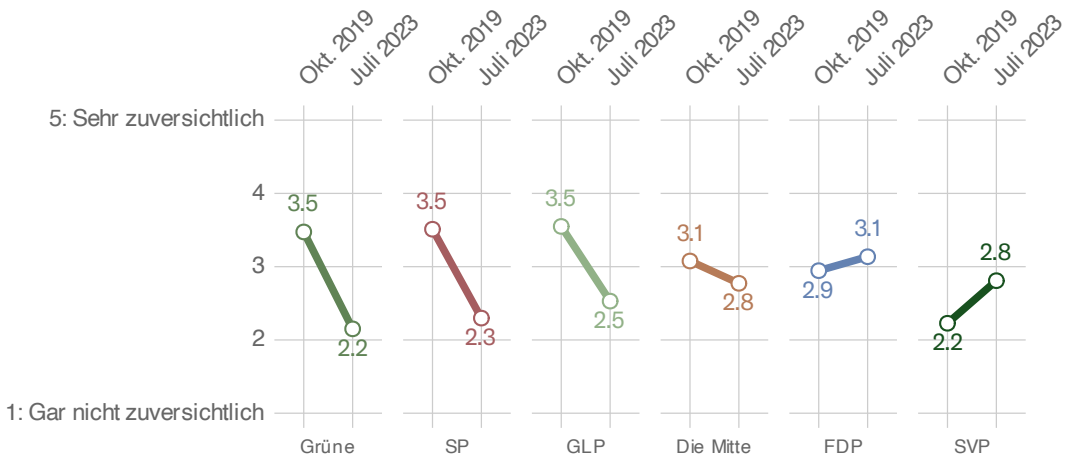


Abbildung 9 macht jedoch deutlich, dass das Ausmass der Zuversicht vor allem mit der Positionierung der Parteien im Links-rechts-Spektrum zusammenhängt. Am wenigsten zuversichtlich sind die Wählenden der Grünen, der SP sowie der GLP. Am zuversichtlichsten ist neben der FDP-Basis jene der SVP und der Mitte.

Zuversicht bezüglich Wahlausgang im Zeitverlauf (Abb. 10)

«Wie zuversichtlich sind Sie, dass die Zusammensetzung im Parlament nach den aktuellen Wahlen besser sein wird als heute? (Von 1: Gar nicht zuversichtlich, bis 5: Sehr zuversichtlich»



Interessant ist der Kontrast zum letzten Wahlbarometer vor den Wahlen 2019. Bereits damals wurde die Frage nach der Zuversicht bzgl. Wahlausgang gestellt und die Ergebnisse waren wie umgedreht. 2019 herrschte grosse Zuversicht bei den Grünen, der SP sowie der GLP. Nun ist die Zuversicht der Wählenden dieser drei Parteien richtiggehend abgestürzt – am stärksten bei den Grünen. Der Durchschnittswert ist von 3,5 auf 2,2 gefallen (5 bedeutet sehr zuversichtlich, 1 gar nicht zuversichtlich). Auffällig ist, dass die Zuversicht auf der rechten Seite im Gegenzug zwar gestiegen ist, jedoch weniger stark. Dies passt zum Ergebnis des Wahlbarometers, dass das Grüne Spektrum zwar verliert, es dennoch nicht zu einem massiven Rechtsrutsch kommt.

Themen, Herausforderungen und Ärgernisse

Für den Wahlentscheid stehen in der Schweiz neben der traditionellen Parteibindung vor allem Sachthemen im Vordergrund. Das Wahlbarometer misst die Themenkonjunktur mit den von Wählenden wahrgenommenen wichtigsten politischen Herausforderungen. Erstmals in dieser Ausgabe des Wahlbarometers wurde neben den Herausforderungen auch nach den grössten Ärgernissen gefragt. Berücksichtigt wird damit neben der Sachebene auch die emotionalen Treiber der Stimmbevölkerung.

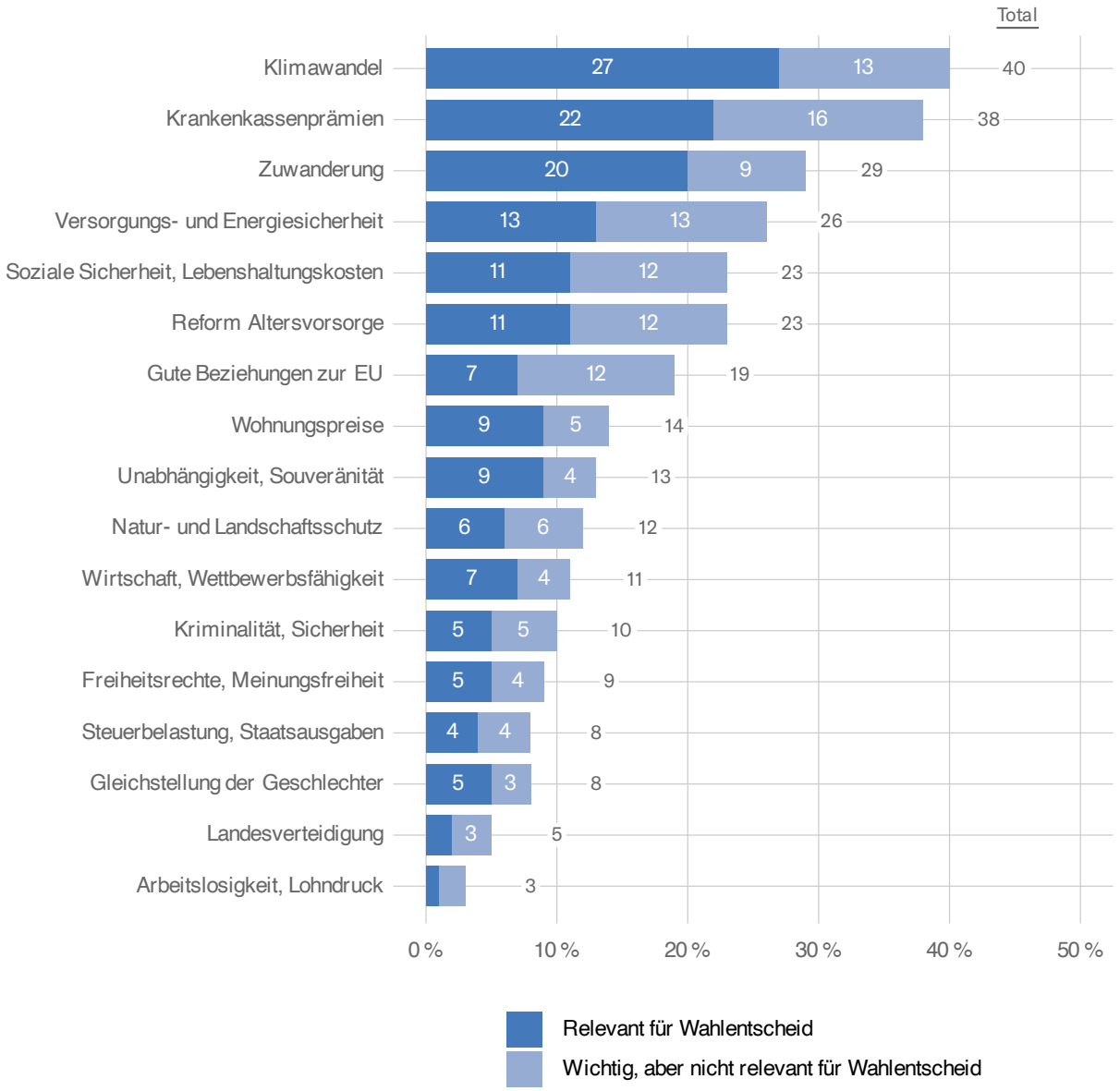
2.1. HERAUSFORDERUNGEN: PRÄMIEN SCHLAGEN WOHNPREISE

Obwohl die Grünen gemäss dieser Wahlumfrage 3 Prozentpunkte verlieren, bleibt der Klimawandel mit 40 Prozent Nennungen aus Sicht der Stimmberechtigten die grösste politische Herausforderung der Schweiz. Das deutliche Ja zum Klimagesetz am 18. Juni 2023 bestätigt die Bedeutung des Themas aus Sicht der Stimmbevölkerung. Die Grüne Partei scheint jedoch weniger davon profitieren zu können als noch 2019 als der Klimawandel nach dem Hitzesommer 2018 ins Zentrum der politischen Auf-

merksamkeit stürmte. Das Thema bleibt für zwei von fünf Wählenden zentral, es scheint dennoch nicht mehr dieselbe Mobilisierungskraft zu entfalten wie noch vor vier Jahren.

Wichtigste politische Herausforderungen (Abb. 11)

«Welches sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten politischen Herausforderungen in unserem Land? (Maximal 3 Antworten)»

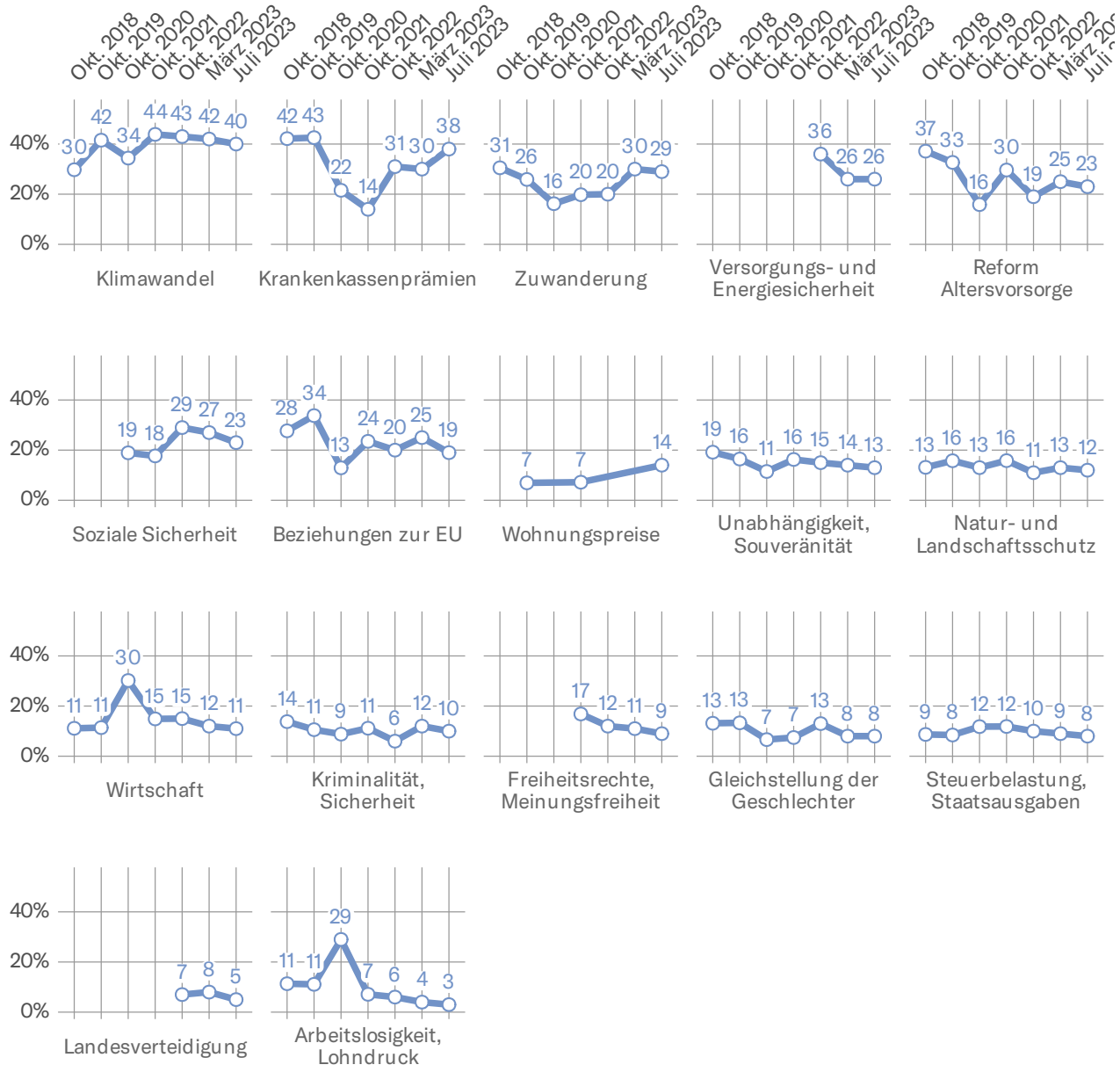


Mit 38 Prozent fast ebenso häufig wie der Klimawandel werden die Krankenkassenprämien als zentrale Herausforderung der Schweiz genannt. Die Warnungen, dass die Prämien nach dem starken Anstieg 2022 dieses Jahr erneut stark ansteigen könnten,

haben offenbar viele aufgeschreckt. Immerhin 22 Prozent geben an, dass die Prämienlast ein wichtiger Faktor für den Wahlentscheid ist. An dritter Stelle folgt mit 29 Prozent Nennungen die Zuwanderung vor der Versorgungs- und Energiesicherheit (26 %).

Wichtigste politische Herausforderungen – Zeitverlauf (Abb. 12)

«Welches sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten politischen Herausforderungen in unserem Land? (Maximal 3 Antworten)»



Neben den Krankenkassenprämien sind die steigenden Wohnungspreise aktuell ein medial intensiv besprochenes Thema.

Wie Abbildung 12 zeigt, hat sich die Bedeutung dieser Thematik im Vergleich zum Wahljahr 2019 verdoppelt. Während heute 38 Prozent die Prämien als zentrale politische Herausforderung ansehen, tun dies bei den Wohnungspreisen trotz Verdoppelung nur 14 Prozent. Dies lässt sich damit erklären, dass von steigenden Prämien fast alle betroffen sind, von der Kostenspirale im Wohnungsmarkt jedoch vor allem jene, die in einem Ballungsraum auf Wohnungssuche sind. Personen, die bereits Eigentum besitzen oder länger in derselben Mietwohnung leben, trifft dies weit weniger. Bei den Krankenkassenprämien kann man von einer Art Comeback sprechen. Während der Corona-Pandemie hatte das Thema stark an Bedeutung verloren – weil die Prämienentwicklung gebremst wurde und zugleich die Sensibilität für Gesundheitsfragen gross war. Sehr viel über die gegenwärtige Stimmungslage in der Schweiz besagt der letzte Platz im Einflussranking. Für nur gerade 3 Prozent der Wählenden gehört der Themenbereich «Arbeitslosigkeit, Lohndruck» zu den drei wichtigsten politischen Herausforderungen. Der Arbeitskräftemangel gibt den Schweizerinnen und Schweizer sehr viel Zuversicht in Bezug auf ihre Stellung im Arbeitsmarkt. Vor vier Jahren waren dies immerhin noch 11 Prozent. Nur im ersten Corona-Jahr gab es hier einen Ausschlag nach oben als viele eine Wirtschaftskrise befürchteten.

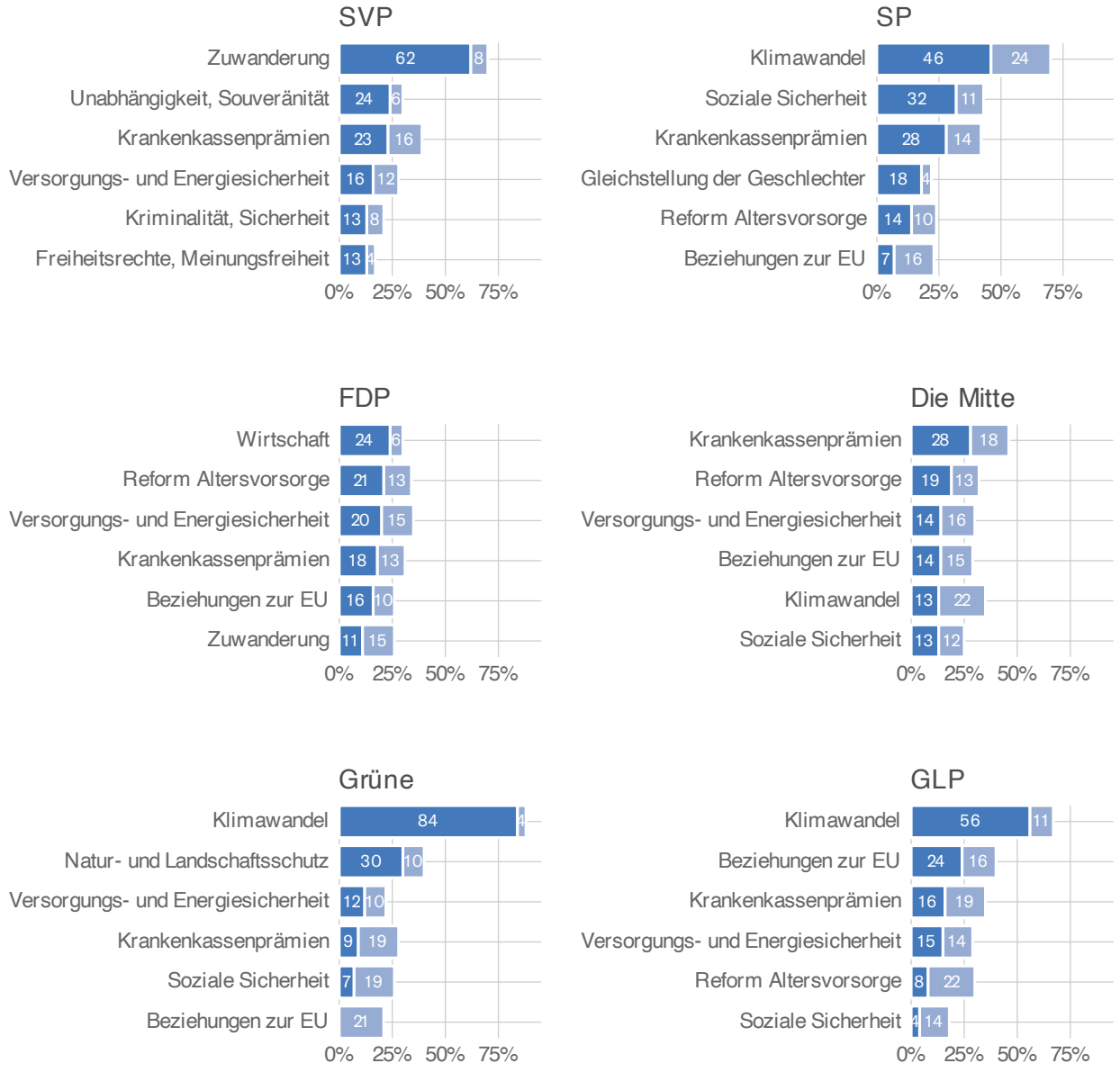
2.2. PARTEIEN: HERAUSFORDERUNGEN UND DEFIZITE

Abbildung 13 zeigt, welche Themen und Herausforderungen für die Wählenden der sechs grossen Parteien besonders wichtig sind. Der dunklere Teil des Balkens gibt an, welche Themen nicht nur wichtig sind, sondern für den Entscheid zugunsten der jeweiligen Partei ausschlaggebend sind. Die Grünen, die Grünliberalen sowie die SVP besitzen ein sehr klares Leitthema. Der Klimawandel ist für 84 Prozent der Wählenden der Grünen und für 56 Prozent der GLP-Wählenden wichtig für ihren Wahlentscheid. Für 62 Prozent der Wählenden der SVP ist dies die Migrationsthematik. Auch bei der Basis der Sozialdemokra-

ten steht der Klimawandel an erster Stelle. Interessanterweise schafft es dagegen die Wohnungsthematik selbst bei der SP nicht in die Top-6.

Wahlrelevante Herausforderungen nach Partei (Abb. 13)

«Welche der folgenden Faktoren sind besonders wichtig für Ihren Wahlentscheid?»

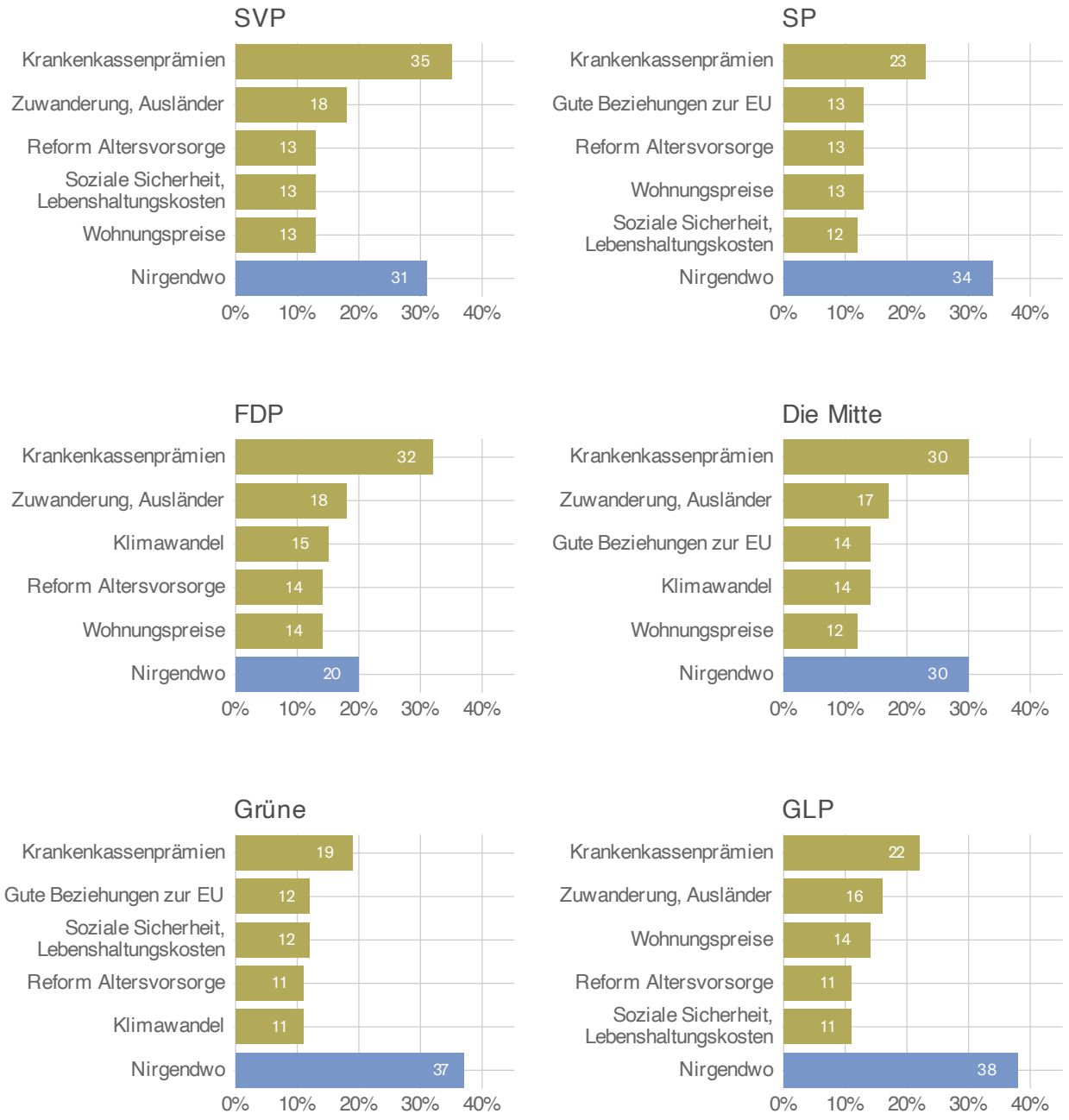


Zumindest ansatzweise ein Leitthema hat die Mitte mit den Krankenkassenprämien, die von 28 Prozent ihrer Wählenden als entscheidend für die Wahl beschrieben wird. Die Wirtschaft

als Leitthema der FDP wird gerade einmal von 24 Prozent ihrer Wählenden als Faktor für den Wahlentscheid genannt.

Unzufriedenheit mit der eigenen Partei (Abb. 14)

«Bei welchen Herausforderungen sind Sie am wenigsten zufrieden mit dem Kurs der Partei, die Sie aktuell wählen würden?»



Gefragt wurde nicht nur nach den relevanten Themen für den Wahlentscheid, sondern auch nach den Themen, bei denen Vorbehalte über den Kurs der eigenen Partei bestehen.

Auf dem ersten Platz steht bei allen Parteiwählerschaften der Problembereich der Krankenkassenprämien (Abb. 14). Hier schaffen es sämtliche Parteien offenbar nicht der Bevölkerung vertrauenswürdige Lösungsansätze anzubieten. Bei den drei Parteien des bürgerlichen Spektrums sowie der GLP liegt die Migrationsfrage an zweiter Stelle.

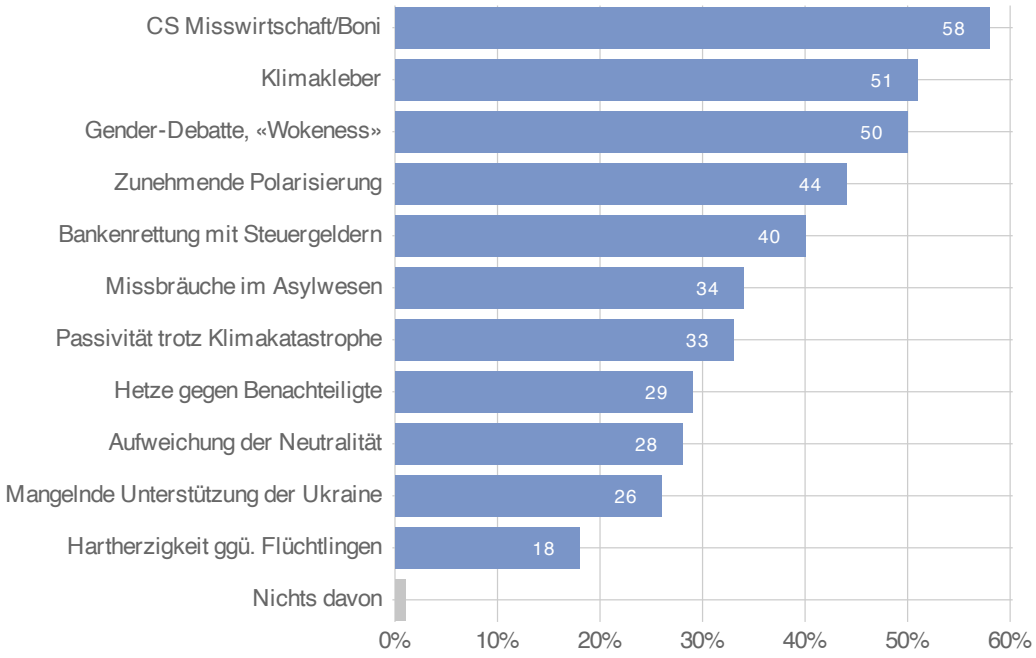
2.3. DIE GRÖSSTEN ÄRGERNISSE

Um neben der Sachebene auch die emotionale Ebene der Politik zu erfassen, wurden in diesem Wahlbarometer erstmals die grössten Ärgernisse der Wählenden mit folgender Frage abgefragt: «Wenn Sie an aktuelle Ereignisse und Themen denken, was ärgert Sie besonders?». Auch drei Monate nach dem Fall der CS ärgern sich 58 Prozent Stimmberechtigten am meisten über «Misswirtschaft und Boni-Exzesse bei der CS». Bereits an zweiter Stelle stehen jedoch «Strassenblockaden durch die Bewegung der «letzten Generation» (‚Klimakleber‘)». Rund die Hälfte (51%) der Befragten ärgern sich darüber. Trotz des Ärgers über die Klimakleber hat sich vor kurzem eine deutliche Mehrheit der Stimmenden für das Klimagesetz ausgesprochen. Dies zeigt, dass die Bevölkerung sehr wohl zwischen dem Ärger über eine Protestbewegung und der damit verbundenen Thematik unterscheidet. Bemerkenswert ist dennoch, dass sich mit 31 Prozent deutlich weniger Schweizerinnen und Schweizer über die «Passivität der Schweiz in Anbetracht einer möglichen Klimakatastrophe» ärgern als über die «Klimakleber». Für praktisch gleich viel Ärger wie die «Klimakleber» sorgen «Gender-Debatte und ‘Wokeness’» (50 %). Und auch hier zeigt sich eine Asymmetrie. «Hetze gegen Minderheiten und Benachteiligte» ärgert «nur» 29 Prozent. Die SVP scheint also aufs richtige Pferd zusetzen, wenn sie Gender und Wokeness zum Wahlkampfthema macht. Bemerkenswert ist dennoch, dass bei der Frage nach den wichtigsten Herausforderungen nur gerade 9 Prozent «Freiheitsrechte, Meinungsfreiheit» (vgl. Abb. 11) angeben. Offenbar fühlen sich viele von Gender und Wokeness eher provoziert als tatsächlich in der eigenen Freiheit einge-

schränkt. Es bleibt deshalb offen, wie weit sich der Ärger in konkrete politische Energie verwandeln lässt.

Grösste Ärgernisse in Bezug auf aktuelle Ereignisse (Abb. 15)

«Wenn Sie an aktuelle Ereignisse und Themen denken, was ärgert Sie besonders?»; Für die Darstellungen wurden Abkürzungen verwendet. Originalbezeichnungen und Abkürzungen lauten wie folgt: «Strassenblockaden durch die Bewegung der 'letzten Generation' ('Klimakleber')»; «Passivität der Schweiz in Anbetracht einer möglichen Klimakatastrophe»; «Misswirtschaft und Boni-Exzesse bei der CS»; «Bankenrettung durch den Staat und mit Steuergeldern; «Missbräuche im Asylwesen»; «Hartherzigkeit der Schweiz gegenüber Flüchtlingen»; «Abseitsstehen der Schweiz bei der Unterstützung der Ukraine gegen den russischen Angriff»; «Aufweichung der schweizerischen Neutralität»; «Gender-Debatte und 'Wokeness'»; «Hetze gegen Minderheiten und Benachteiligte»; «Zunehmende Polarisierung durch Debatten auf den sozialen Medien»



Diese Ergebnisse zeugen davon, dass auch die Schweiz von einer Art emotionalen Polarisierung («Affective Polarization») erfasst worden ist, wie sie in den USA seit einiger Zeit diskutiert wird. Interessanterweise ärgern sich allerdings auch viele Befragte genau über dieses emotionale Aufschaukeln, das vor allem in den sozialen Medien geschieht. Für 44 Prozent der Befragten gehört die «zunehmende Polarisierung durch Debatten auf den sozialen Medien» zu den grössten Ärgernissen. Auffällig ist, dass ehemals hochemotionale Thema Asyl heute weniger Ärger verursacht als Klimakleber, Gender und Wokeness. 34 Prozent nennen «Missbräuche im Asylwesen» als ein Thema, das sie besonders ärgert. Noch ausgeprägter gilt dies für die Neutralität. Nur 28 Prozent der Befragten ärgern sich über

die «Aufweichung der schweizerischen Neutralität». Im neuen Kulturkampf stehen nicht mehr Migration und Aussenpolitik im Fokus, sondern Klimakleber, Gender und Wokeness.

Grösste Ärgernisse in Bezug auf aktuelle Ereignisse (Abb. 16)

«Wenn Sie an aktuelle Ereignisse und Themen denken, was ärgert Sie besonders?»

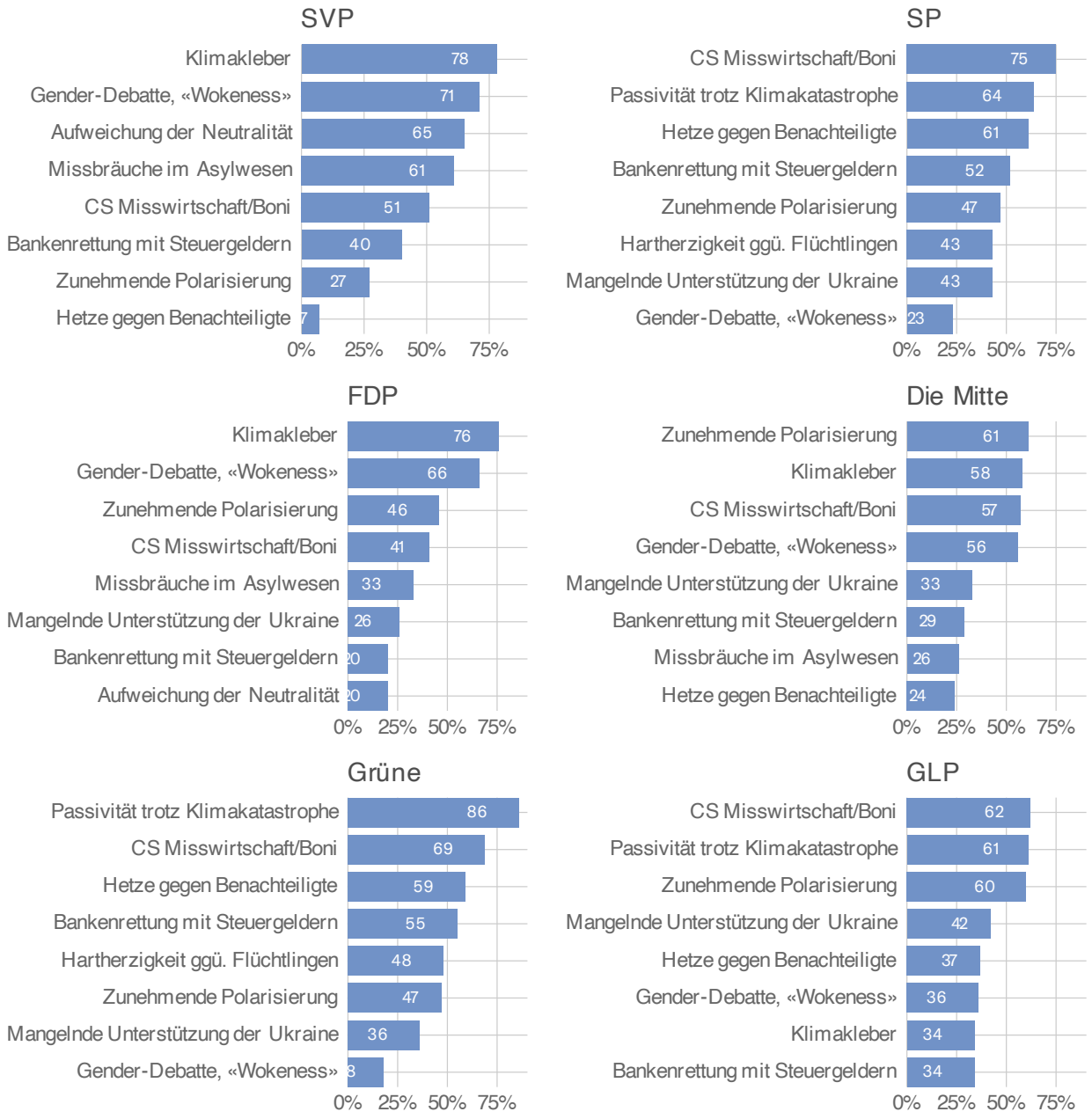


Abbildung 16 zeigt die Ärgerprofile der Basis der sechs grössten Partien. Dabei fällt die grosse Übereinstimmung von SVP und FDP auf. Die Anhängerschaft beider Parteien ärgern sich am

meisten über Klimakleber, Gender und Wokeness (wobei die SVP-Wählerschaft noch etwas verärgerter ist) – beide stehen am selben Pol des Kulturkampfs der Gegenwart. Das Gegenstück bilden Grüne und SP. Dazwischen befinden sich GLP und Mitte. Die Grünliberalen tendieren im neuen Kulturkampf jedoch eher nach links und die Mitte nach rechts. Die Wählerschaft dieser beiden Parteien eint jedoch, dass sie besonders ärgerlich über die durch die sozialen Medien befeuerte (emotionale) Polarisierung ist. Der neue Name «Die Mitte» sagt inhaltlich zwar wenig aus, durch die zunehmende emotionale Polarisierung, die fast die Hälfte der Stimmenden ärgert, könnte er sich noch als Glücksfall erweisen.

Grösste Ärgernisse in Bezug auf aktuelle Ereignisse – nach Parteiorientierung (Abb. 17)
«Wenn Sie an aktuelle Ereignisse und Themen denken, was ärgert Sie besonders?»

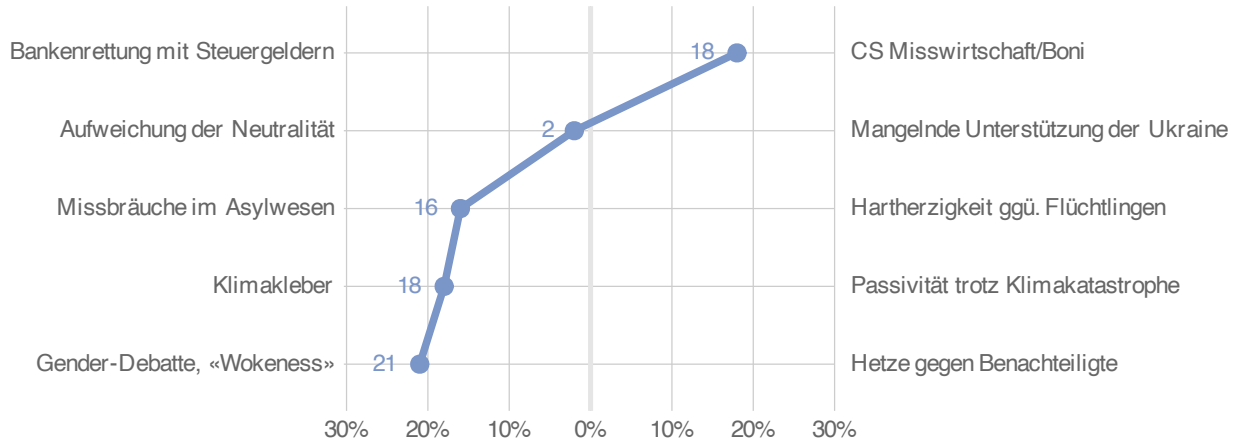


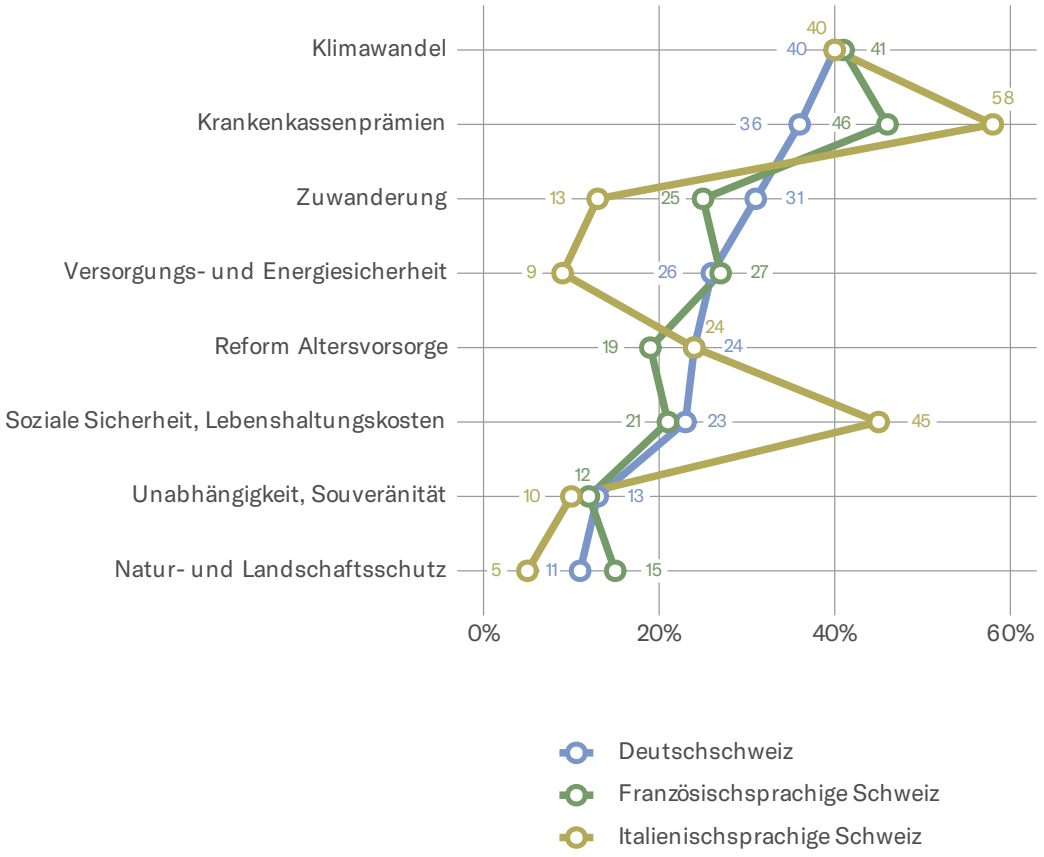
Abbildung 17 stellt jeweils zwei gegensätzliche Ärgernisse gegenüber. Dargestellt ist die Differenz des Ärgers. Die Abbildung macht deutlich, dass von der emotionalen Polarisierung insbesondere die rechte Seite profitiert. Einzig die Boni und das Versagen der CS-Führung ist ein Ärgernis, das eher für die linke Seite spielt. Bemerkenswert ist, dass mit der Klimaprotesten und dem Gender-Thema zwei Bereiche heute das grösste relative Ärgerpotenzial besitzen, die vor vier Jahren noch wesentlich zur grünen Welle und zur Frauenwahl beigetragen haben.

2.4. THEMEN NACH BEVÖLKERUNGSGRUPPEN

Die grössten Wahrnehmungsunterschiede zwischen den Sprachregionen bestehen beim Thema Krankenkassenprämien. 58 Prozent der Befragten aus der italienischsprachigen Schweiz bezeichnen diese als eine der wichtigsten politischen Herausforderungen der Schweiz. In der französischen Schweiz sind es 46 Prozent, in der Deutschschweiz 36 Prozent.

Wichtigste politische Herausforderungen nach Sprachregionen (Abb. 18)

«Welches sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten politischen Herausforderungen in unserem Land? (Maximal 3 Antworten)»



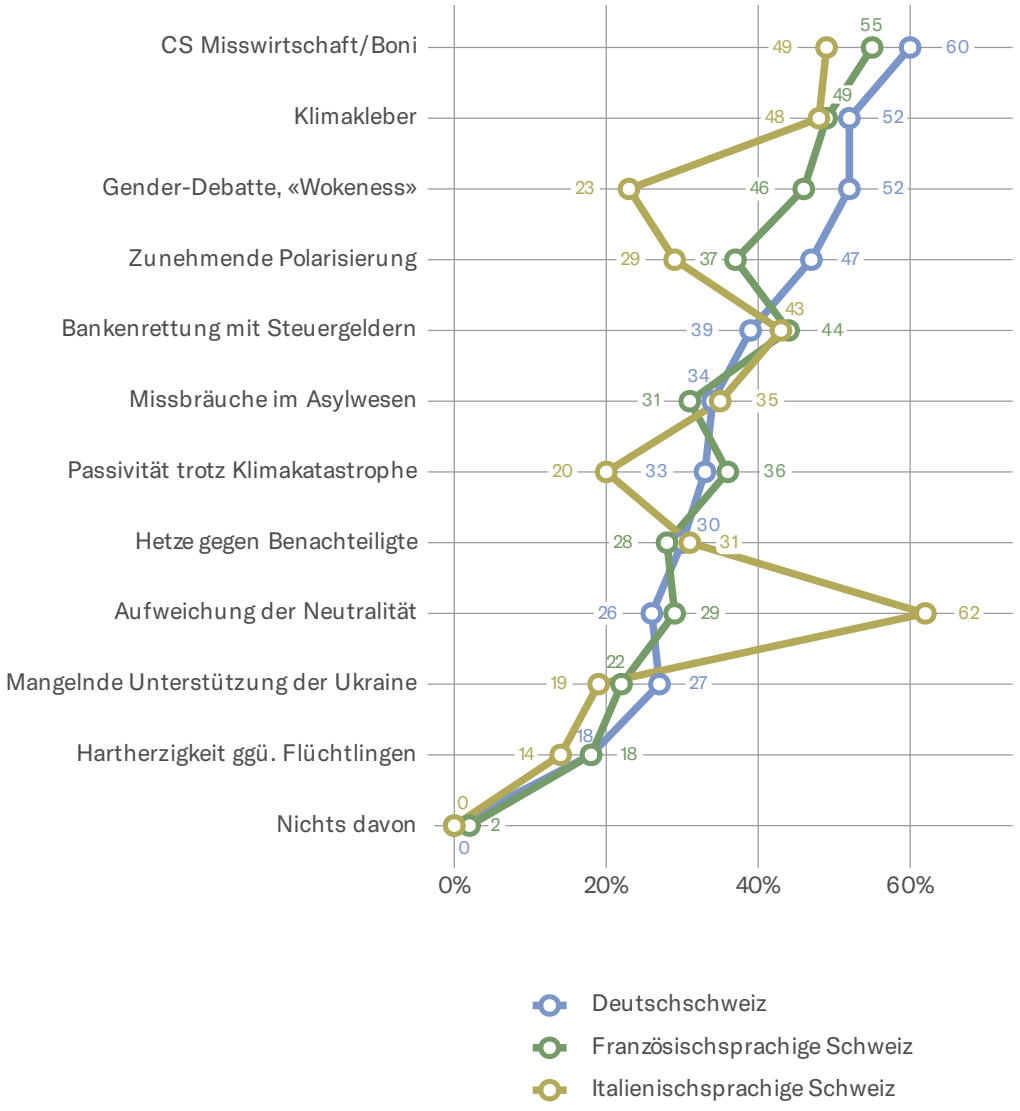
Deutliche Einstellungsunterschiede bestehen ebenfalls bei der Migrationsthematik. Zuwanderung wird in der Deutschschweiz vermehrt als besondere politische Herausforderung gesehen. In der italienischsprachigen Schweiz sind zwar Grenzgänger ein

grosses Thema, die Zuwanderung erregt hier aktuell die Gemüter jedoch deutlich weniger als soziale Themen.

Dafür ärgern sich weit mehr Menschen im italienischsprachigen Landesteil als in der übrigen Schweiz über die «Aufweichung der Neutralität» im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg. Die Debatten zu Gender und Wokeness sind in der Deutschschweiz besonders hitzig. Diese Themen ärgern hier am meisten. In der Deutschschweiz ist zugleich der Ärger über die zunehmende Polarisierung am grössten.

Grösste Ärgernisse in Bezug auf aktuelle Ereignisse und Themen nach Sprachregionen (Abb. 19)

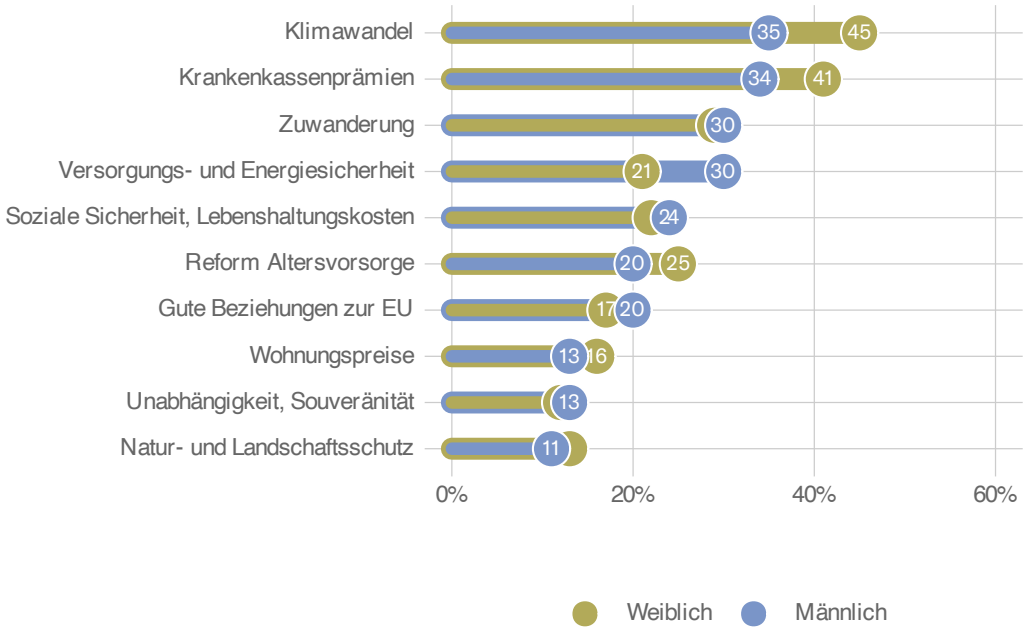
«Wenn Sie an aktuelle Ereignisse und Themen denken, was ärgert Sie besonders?»



Zwischen Frau und Mann bestehen die grössten Unterschiede in der Einschätzung des Klimawandels. 45 Prozent der Frauen sehen diesen als eines der wichtigsten Probleme an, jedoch nur 35 Prozent der Männer. Dafür wird die Versorgungs- und Energiesicherheit von der männlichen Bevölkerung als deutlich wichtiger eingeschätzt als von der weiblichen.

Wichtigste politische Herausforderungen nach Geschlecht (Abb. 20)

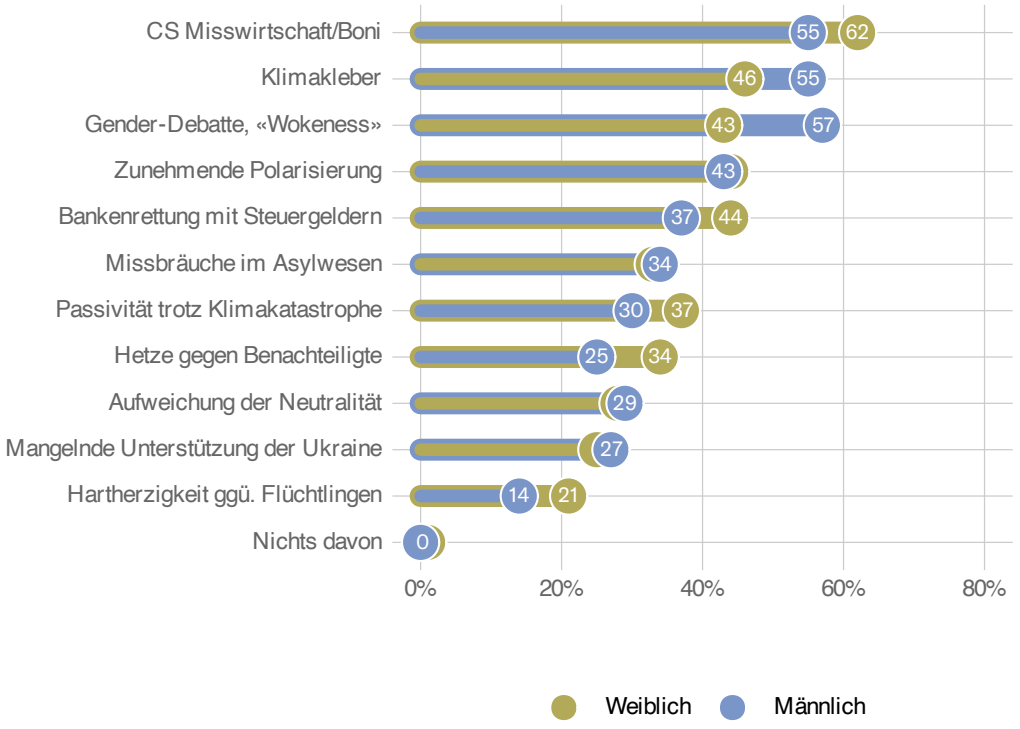
«Welches sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten politischen Herausforderungen in unserem Land? (Maximal 3 Antworten)» - Nach Geschlecht



Nicht erstaunlich ist, dass die Gender-Thematik bei Frauen und Männern nicht in gleichem Ausmass Emotionen weckt. Für die Schweizer Männer sind Gender und Wokeness gegenwärtig das Ärger-Thema Nummer eins. 57 Prozent von ihnen ärgern sich darüber. Das sind mehr als die 55 Prozent der Männer, die sich über Misswirtschaft und Boni-Exzesse bei der CS ärgern.

Grösste Ärgernisse in Bezug auf aktuelle Ereignisse und Themen nach Geschlecht (Abb. 21)

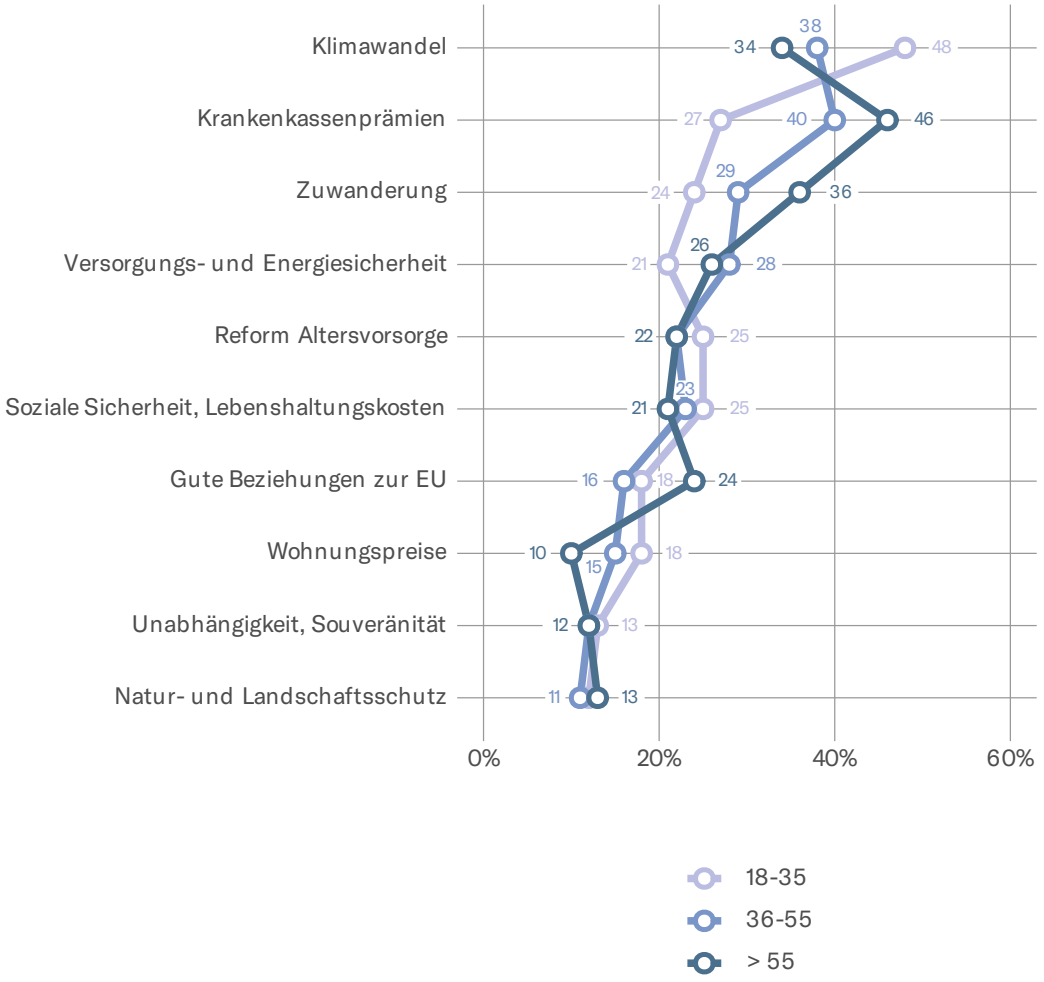
«Wenn Sie an aktuelle Ereignisse und Themen denken, was ärgert Sie besonders?»



Junge Erwachsene werden aufgrund ihres Alters die Auswirkungen des Klimawandels besonders deutlich zu spüren bekommen. Das wirkt sich auf ihre Problemwahrnehmung aus. 48 Prozent der 18- bis 35-Jährigen zählen den Klimawandel zu den grössten Herausforderungen der Schweiz. Zumindest in der Problemwahrnehmung wirkt die Klimajungend nach. Unter den über 65-Jährigen teilen nämlich nur noch 34 Prozent diese Einschätzung, dass der Klimawandel zu den grössten Herausforderungen gehört. Die Krankenkassenprämien werden von dieser Altersgruppe als prioritär eingeschätzt. Bei den Jüngeren steht dieses Thema weniger im Vordergrund ebenso wie die Beziehungen zur EU. Es sind vor allem die Älteren, die sich heute um die guten Beziehungen mit der EU sorgen.

Wichtigste politische Herausforderungen nach Alter (Abb. 22)

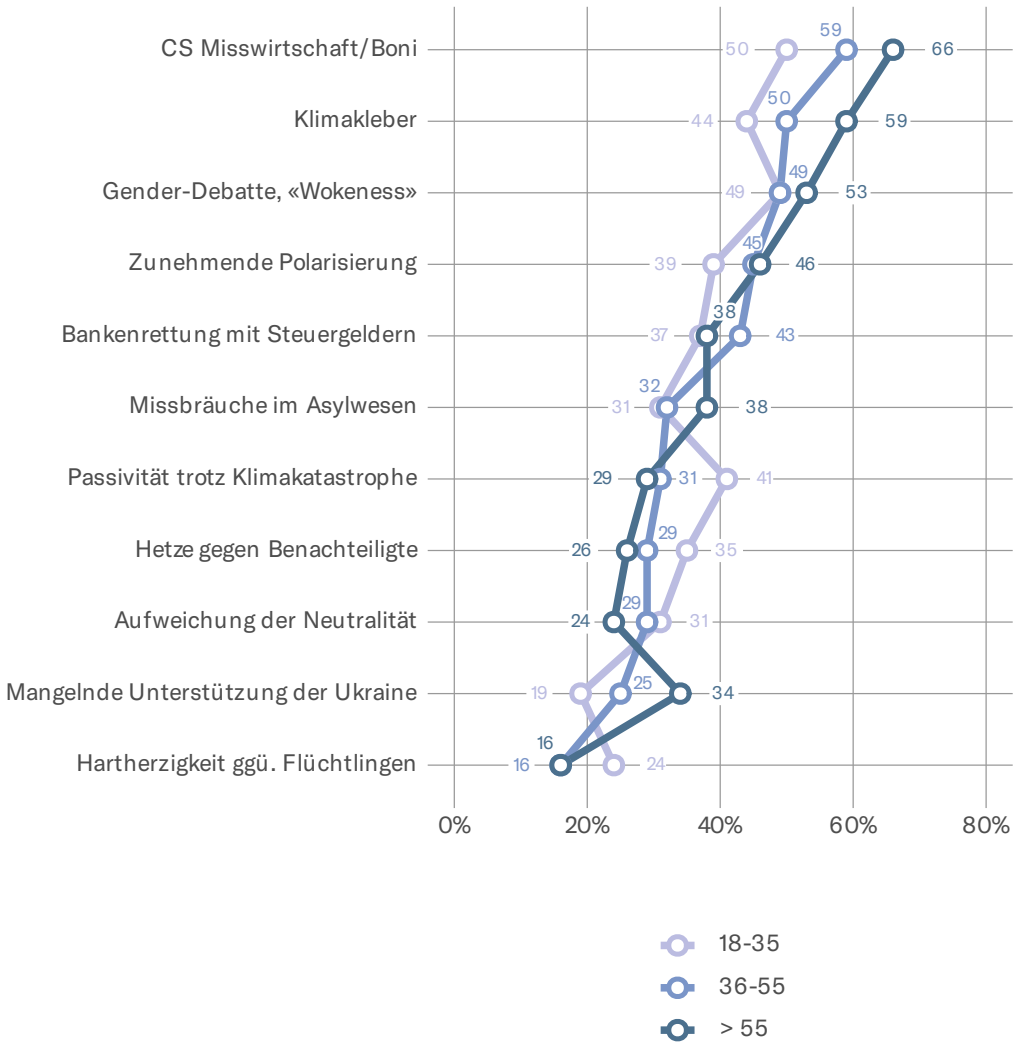
«Welches sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten politischen Herausforderungen in unserem Land? (Maximal 3 Antworten)» - Nach Alter



Obwohl die Kritik im Rahmen der Gender-Debatte oftmals gegen «alte, weisse Männer» zielt, löst diese Thematik unter den älteren Befragten nur unwesentliche mehr Ärger aus als bei den jüngeren. Besonders oft im Vergleich zu den jüngeren ärgern sich die älteren Befragten dagegen über die Klimakleber. Ein Ärger-Altersgraben gibt es zudem bei der CS-Misswirtschaft. Zwei Drittel der über 55-Jährigen ärgern sich darüber, jedoch nur die Hälfte der 18- bis 35-Jährigen. Es ist anzunehmen, dass die emotionale Bindung zur Traditionsbank CS unter den Älteren grösser ist, ebenso wie das Vertrauen in Unternehmen, die Mass halten. Entsprechend wechte der Fall dieser CS mehr Ärger.

Grösste Ärgernisse in Bezug auf aktuelle Ereignisse und Themen nach Alter (Abb. 23)

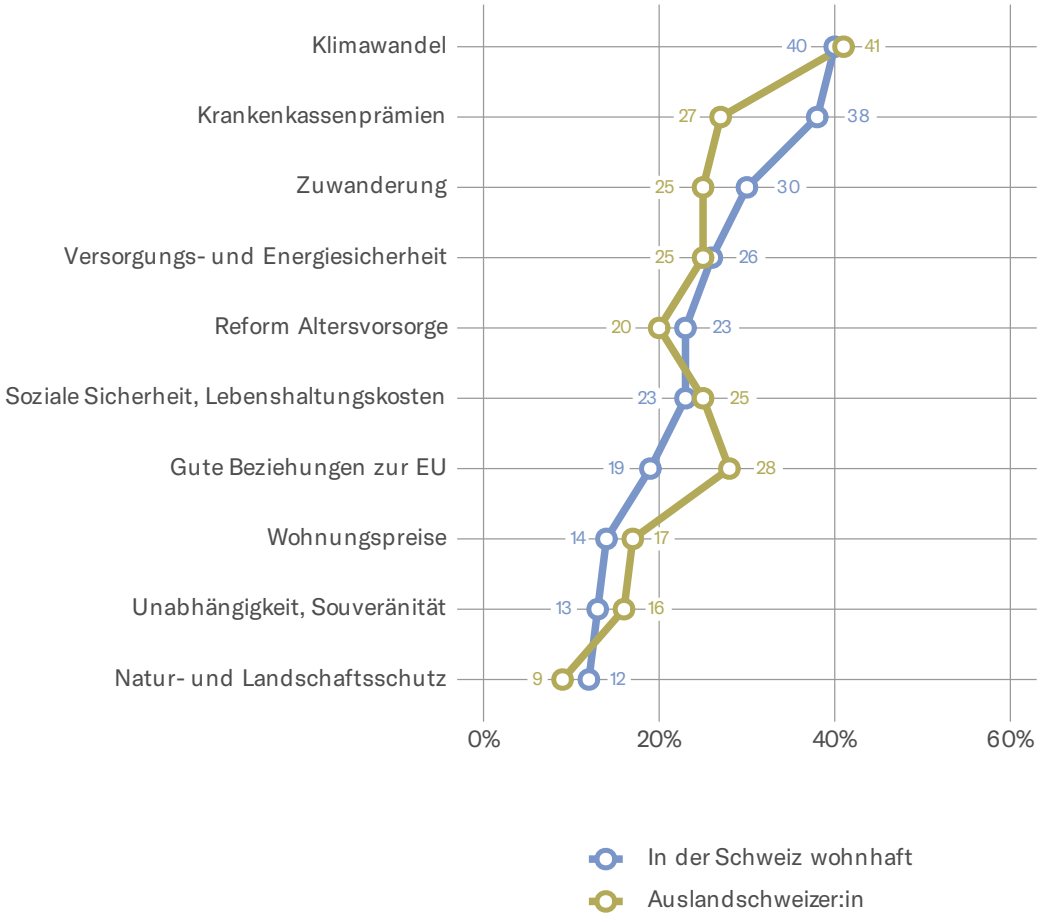
«Wenn Sie an aktuelle Ereignisse und Themen denken, was ärgert Sie besonders?»



Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer zahlen in der Schweiz keine Krankenkassenprämien und sind somit bis zu ihrer Rückkehr nicht von steigenden Prämien in der Schweiz betroffen. Es erstaunt nicht, dass hier die grössten Einschätzungsunterschiede bestehen. 27 Prozent von ihnen erachten die Prämien als eine der drei grossen politischen Herausforderung der Schweiz, während dies 38 Prozent der inländischen Befragten so sehen.

Wichtigste politische Herausforderungen – Auslandschweizer:innen (Abb. 24)

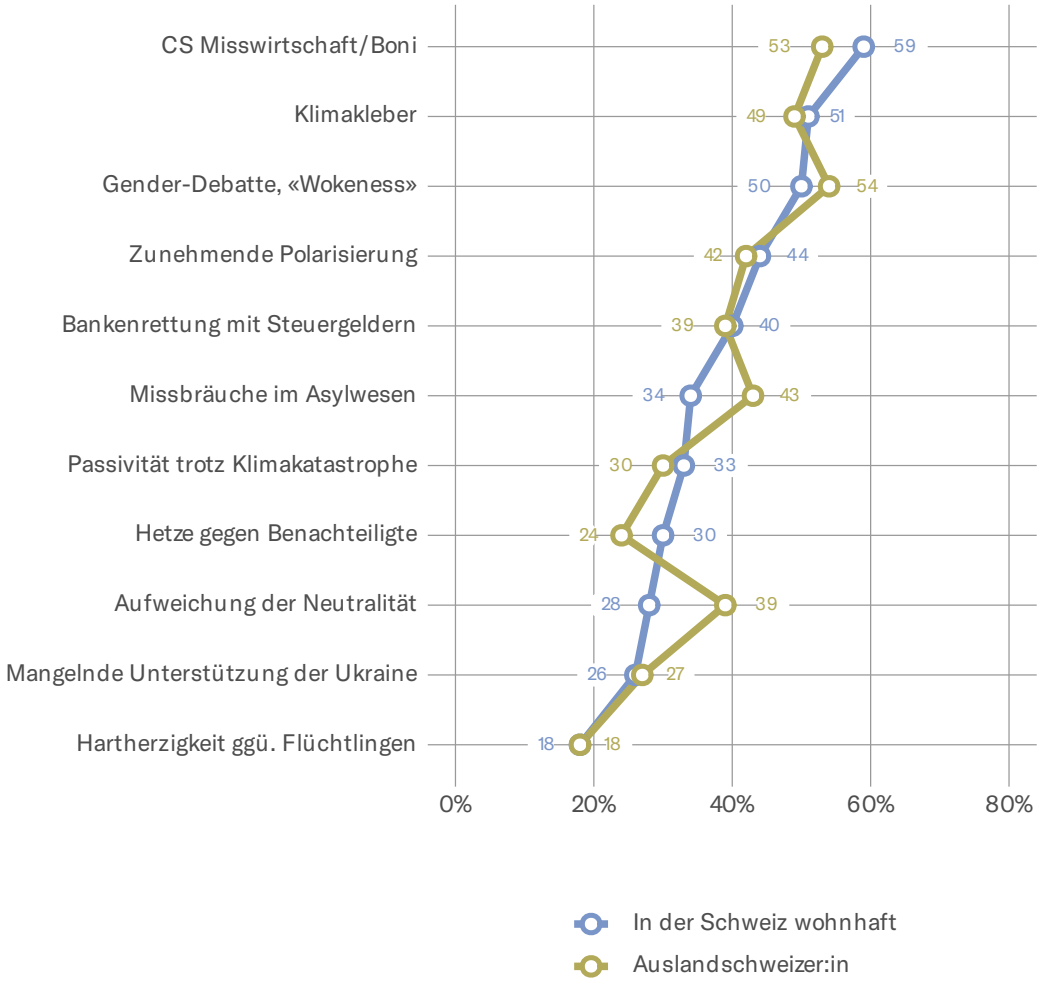
«Welches sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten politischen Herausforderungen in unserem Land? (Maximal 3 Antworten)» - Auslandschweizer:innen



Einzig die guten Beziehungen zur EU werden von Schweizerinnen und Schweizer im Ausland als wichtiger beurteilt. Auch dies ist naheliegend, schliesslich lebt ein grosser Teil von ihnen in der Europäischen Union und ist auf gute Beziehungen angewiesen.

Grösste Ärgernisse in Bezug auf aktuelle Ereignisse und Themen – Auslandschweizer:innen (Abb. 25)

«Wenn Sie an aktuelle Ereignisse und Themen denken, was ärgert Sie besonders?»



In Abbildung 25 werden die grössten Ärgernisse der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer dargestellt. Besonders deutliche Unterschiede zu den in der Schweiz wohnhaften Befragten zeigen sich bei der Wahrnehmung der «Aufweichung der Neutralität» sowie bei «Missbräuchen im Asylwesen». Diese Anliegen verursachen bei den Auslandschweizerinnen und -schweizern eine grössere Frustration.

Einschätzung von Bundesrat und Parlament

Parlamentswahlen haben in der Schweiz nur einen indirekten Einfluss auf die Regierungszusammensetzung, da der Bundesrat durch die Mitglieder der eidgenössischen Räte gewählt wird. Doch die Wahlberechtigten können den Einfluss der einzelnen Bundesrätinnen und Bundesräte auf die Politik und deren Sympathiewerte im Rahmen des SRG Wahlbarometers regelmässig bewerten. Von besonderem Interesse ist auch die Einschätzung der politischen Ausrichtung des aktuellen Parlaments und des Bundesrats durch die Wählenden.

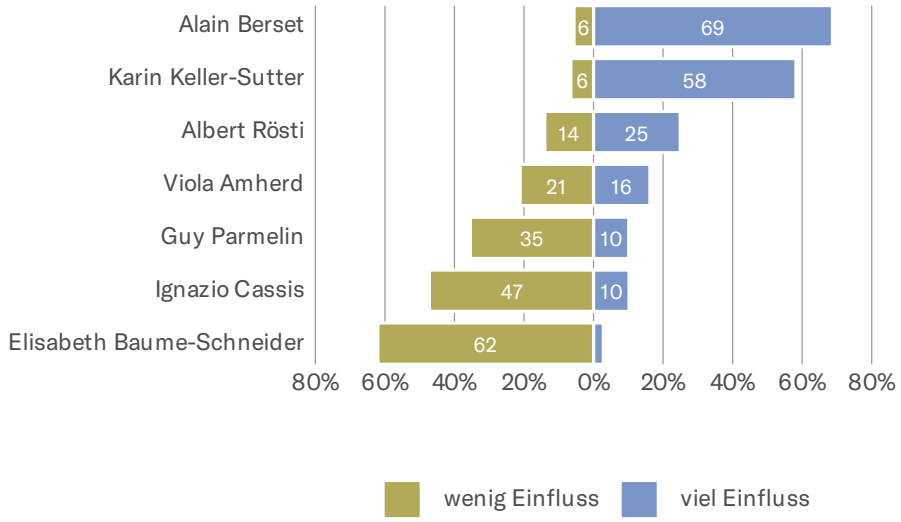
3.1. BUNDESRAT: EINFLUSS-RATING

Im Bundesrats-Rating des SRG Wahlbarometers werden die Bundesratsmitglieder nicht einfach benotet, sondern auf zwei Dimensionen eingeschätzt – nach zugeschriebenem Einfluss sowie nach Sympathie. Geht es um den wahrgenommenen Einfluss der Bundesrätinnen und Bundesräte, steht Alain Berset (SP), der mittlerweile seinen Rücktritt per Ende der Legislaturperiode bekannt gegeben hat, nach wie vor an erster Stelle. 69 Prozent der Befragten sehen ihn gegenwärtig als den Mächtigsten im Amt. Karin Keller-Sutter (FDP) steht an zweiter Stelle.

Sie hat gegenüber dem letzten Wahlbarometer vom März 23 an wahrgenommenem Einfluss gewonnen und dadurch den Abstand auf Alain Berset verkürzt. An dritter Stelle, aber mit deutlichem Abstand auf die beiden Spitzenplätze, steht der im Dezember 2022 neugewählte Bundesrat der SVP, Albert Rösti. Auch er hat sich gegenüber dem letzten Einfluss-Rating verbessert. An vierter Stelle, aber mit klarem Abstand, folgt die Verteidigungsministerin Viola Amherd (Die Mitte). Ihr wird von etwas mehr Befragten wenig Einfluss denn viel Einfluss beigemessen.

Einschätzung des Einflusses der Bundesratsmitglieder (Abb. 26)

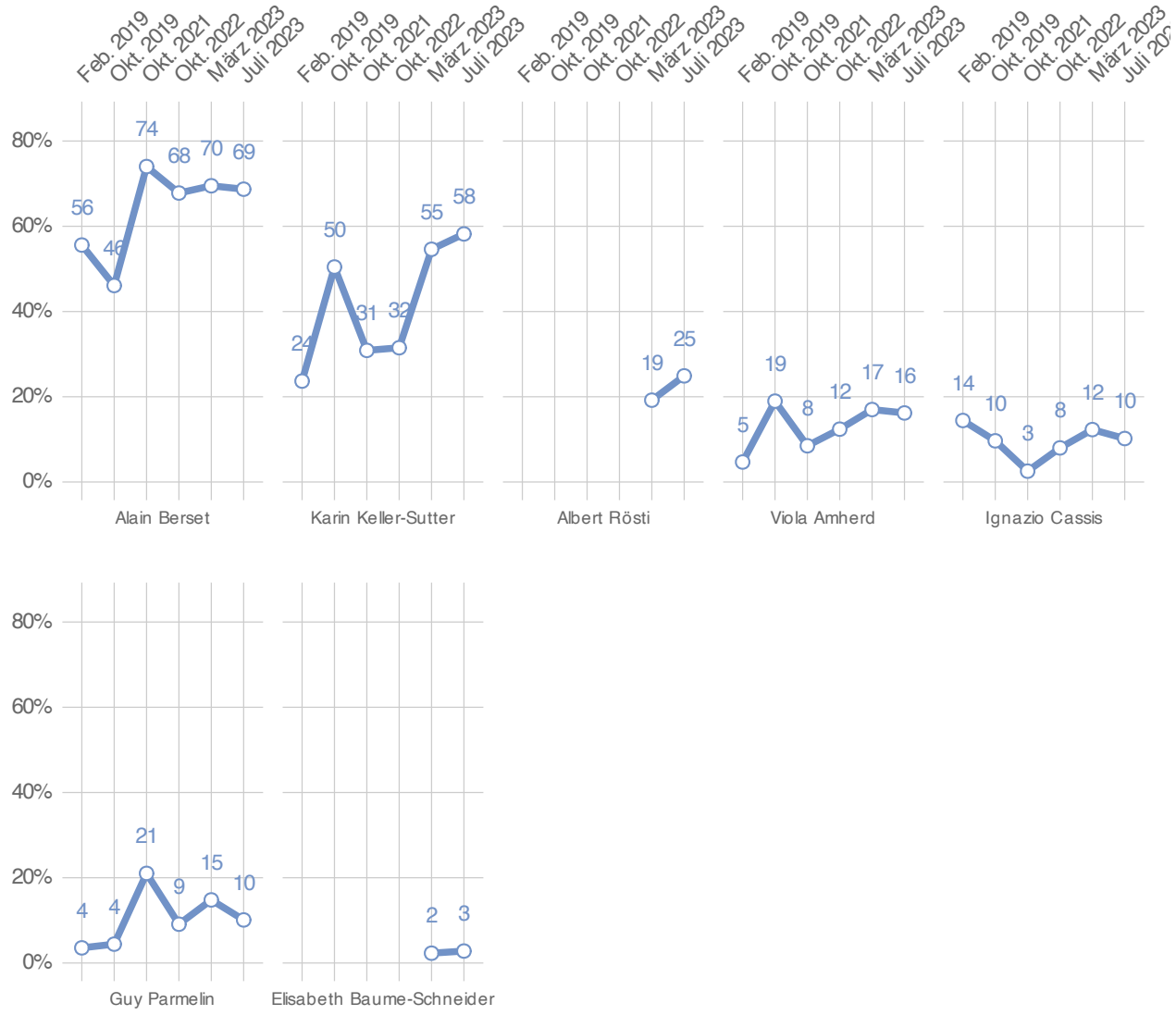
«Was denken Sie: Welche beiden Bundesräte oder Bundesrätinnen üben am meisten Einfluss aus?» und «Was denken Sie: Welche beiden Bundesräte oder Bundesrätinnen können am wenigsten Einfluss ausüben?»



Der wahrgenommene Einfluss von Guy Parmelin und Ignazio Cassis (FDP) liegt bei tiefen zehn Prozent, bei beiden Bundesräten liegt der Anteil derjenigen, die ihnen wenig Einfluss beimessen, auch deutlich höher als der Anteil derjenigen, die ihnen Einfluss zu haben zugestehen. Als Bundesrätin mit am wenigsten Einfluss ist die im Dezember 2022 neugewählte SP-Vertreterin Elisabeth Baume-Schneider platziert. Gut sechzig Prozent der Befragten betrachten die neue Justizministerin als Regierungsmitglied als wenig einflussreich.

Einfluss der Bundesratsmitglieder – Zeitvergleich. (Abb. 27)

Bundesräte mit besonders grossem Einfluss. Maximal zwei Nennungen.

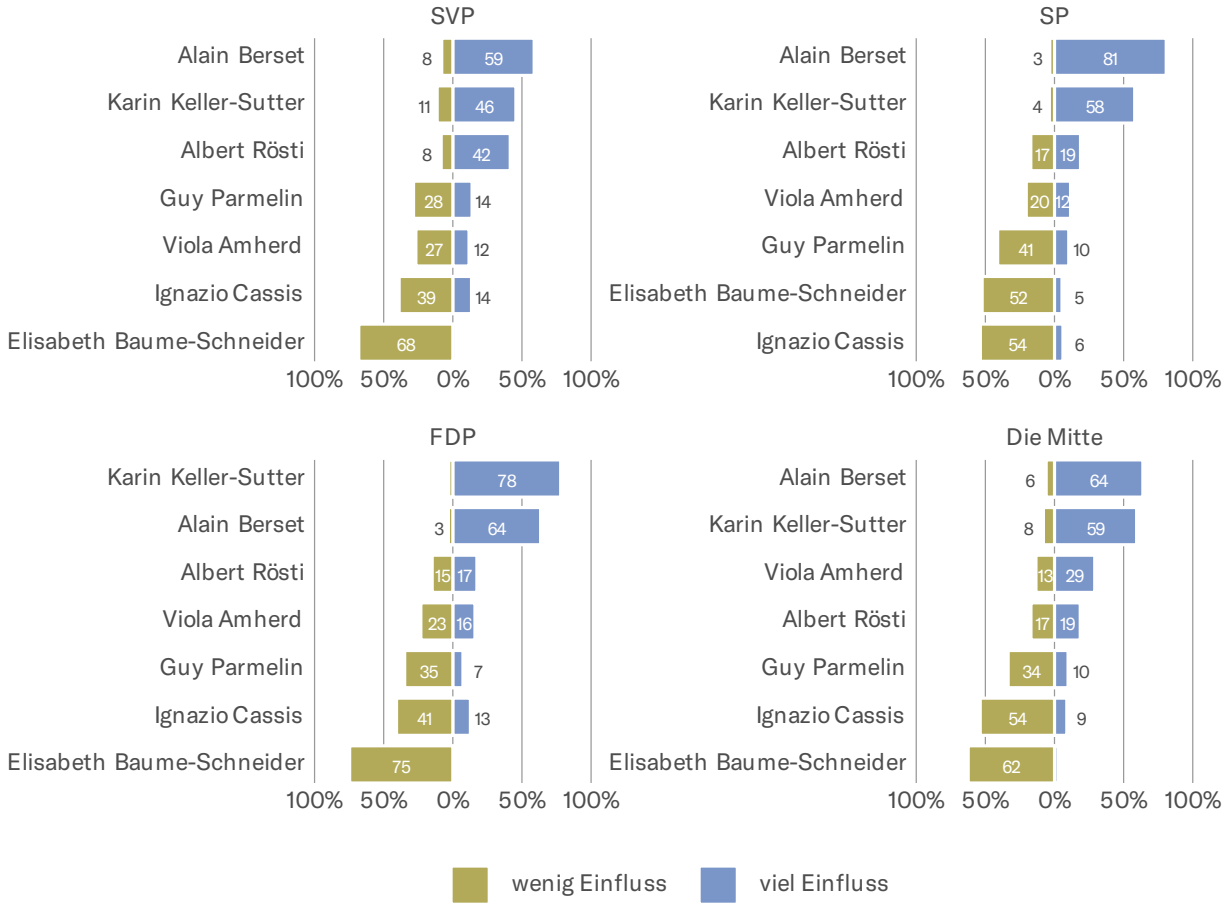


Bundesrat Alain Berset (SP) galt bereits vor Beginn der Covid-19-Pandemie als besonders einflussreiches Mitglied der Regierung. Während der Pandemie baute der Gesundheitsminister seine Position noch aus. Nun hat Karin Keller-Sutter (FDP) nach einem Tief während der Pandemie aufgeholt. Sie amtiert inzwischen als Finanzministerin. Ihr grosser Auftritt war die Übernahme der CS durch die UBS, was sich offenbar auch auf ihren wahrgenommenen Einfluss auswirkte. Sie ist Alain Berset auf den Fersen. Gut gestartet ist der neue Bundesrat Albert Rösti, der über die letzten Monate an Respekt gewonnen hat. Er wird –

im Unterschied zu seiner Vorgängerin Simonetta Sommaruga, deren Departement er übernahm und die als Umweltministerin galt – von den Medien vorwiegend als Energieminister bezeichnet. Viola Amherd (Die Mitte), die für die Landesverteidigung zuständig ist, konnte ihre Stellung in den letzten zwei Jahren ausbauen, was auch mit ihrer etwas sichtbareren Rolle aufgrund des Kriegs in der Ukraine. Guy Parmelin erlebte im Präsidialjahr 2021 ein Hoch, doch seither hat sein wahrgenommener Einfluss wieder deutlich abgenommen. Ignazio Cassis (FDP), der nach wie vor als Bundesrat mit wenig Einfluss wahrgenommen wird, konnte sein Präsidialjahr nicht im gleichen Ausmass nutzen. Das neue Schlusslicht bildet Elisabeth Baume-Schneider, die als Regierungsmitglied mit wenig Einfluss gilt und deren Stellung sich in den letzten Monaten nicht bewegt hat.

Einfluss der Bundesratsmitglieder – nach Partei (Abb. 28)

«Was denken Sie: Welche beiden Bundesräte oder Bundesrätinnen üben am meisten Einfluss aus?» und «Was denken Sie: Welche beiden Bundesräte oder Bundesrätinnen können am wenigsten Einfluss ausüben?»



Für die Anhängerschaften aller Parteien mit Ausnahme der FDP ist Alain Berset auf der Spitzenposition. Die Anhängerschaft der FDP sieht die eigene Bundesrätin als das einflussreichste Mitglied in der Landesregierung an, mittlerweile auch deutlich vor Alain Berset. Karin Keller-Sutter wird von den Wählerschaften der SP, der SVP und Mitte an zweiter Stelle gesehen. Auch wenn bei dieser Einschätzung parteipolitische Optiken zum Ausdruck kommen, trübt der Blick durch die Parteibrille das Gesamtbild nicht gänzlich. Die Bundesräte der eigenen Partei werden zwar tendenziell als eher etwas einflussreicher eingeschätzt. So sieht die SVP-Wählerschaft Albert Rösti als fast so einflussreich wie Karin Keller-Sutter an, schätzt den Einfluss ihres zweiten Bundesrats Guy Parmelin aber deutlich weniger hoch ein. Und auch die Wählerschaft der Mitte sieht Viola Amherd zwar auf dem dritten Platz, attestiert aber Alain Berset und Karin Keller-Sutter deutlich mehr Einfluss als der eigenen Bundesrätin. Weitgehend einig ist man sich, dass die neue Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider Ignazio Cassis als Mitglied der Regierung mit am wenigsten Einfluss abgelöst hat.

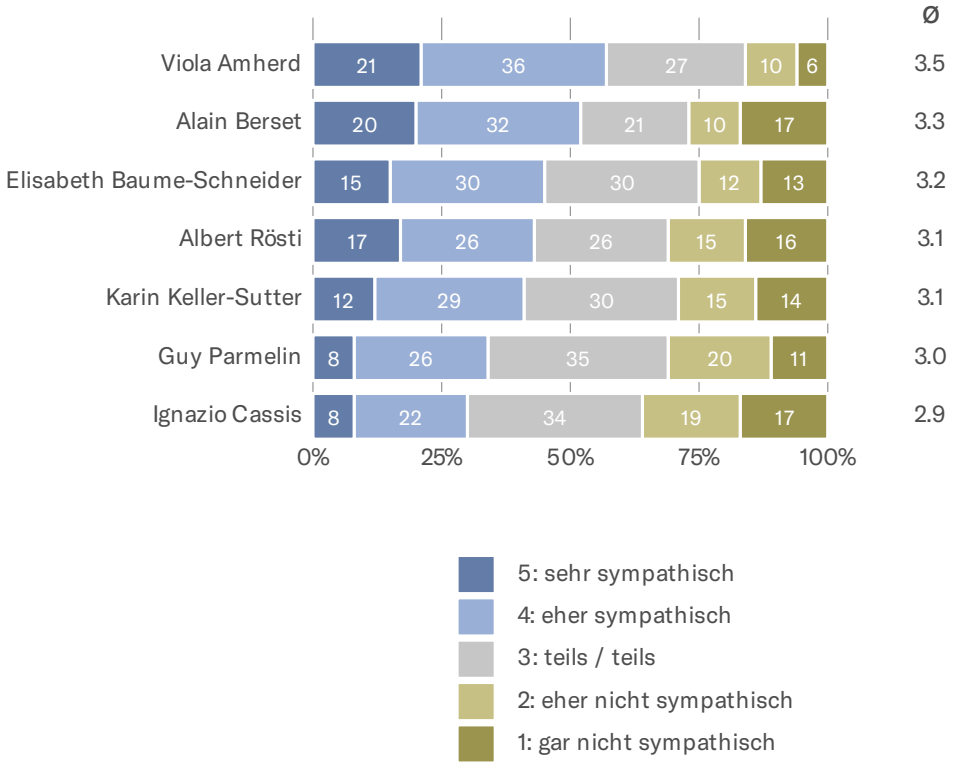
3.2. BUNDESRAT: SYMPATHIE-RATING

Das Sympathie-Rating bringt vermehrt die persönlichen Vorlieben der Befragten zum Ausdruck. Die Vorsteherin des VBS, Viola Amherd, wird als das sympathischste Regierungsmitglied empfunden. In einer Skala von 1 bis 5 erzielt sie einen Durchschnittswert von 3,5. Alain Berset (3,3) folgt an zweiter Stelle. Auffällig ist, dass der aktuelle Bundespräsident von fast so vielen Befragten wie Viola Amherd als sympathisch eingestuft wird. Allerdings ist der Anteil der Befragten, der Berset unsympathisch finden, deutlich grösser als bei Amherd. Alain Berset lässt kaum jemanden gleichgültig. An dritter Stelle folgt die im Dezember 2022 neugewählte SP-Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider. Ihre Sympathiewerte gingen allerdings etwas zurück, gleichzeitig nahm der Anteil der Befragten zu, der sie eher nicht sympathisch findet. Bei ihr klaffen zudem der wahrgenommene (geringe) Einfluss und die Sympathie besonders weit auseinan-

der. Sie gilt zwar als sympathisch, aber als einflusslos, während es sich bei Karin Keller-Sutter genau umgekehrt verhält. Sie gilt als mächtig, landet aber im Sympathie-Rating nur auf dem fünften Platz. Zudem empfinden auch knapp dreissig Prozent der Befragten die Finanzministerin als (eher) unsympathisch, das sind sogar noch wenige mehr als bei Alain Berset, der stark polarisiert. Der andere neue Bundesrat, der SVP-Politiker Albert Rösti, ist im Mittelfeld positioniert. Er hat leicht an Sympathiewerten verloren. Der zweite Vertreter der SVP im Bundesrat, Guy Parmelin, kommt auf etwa gleich hohe Sympathie- wie Antipathiewerte.

Einschätzung der Bundesratsmitglieder nach Sympathie (Abb. 29)

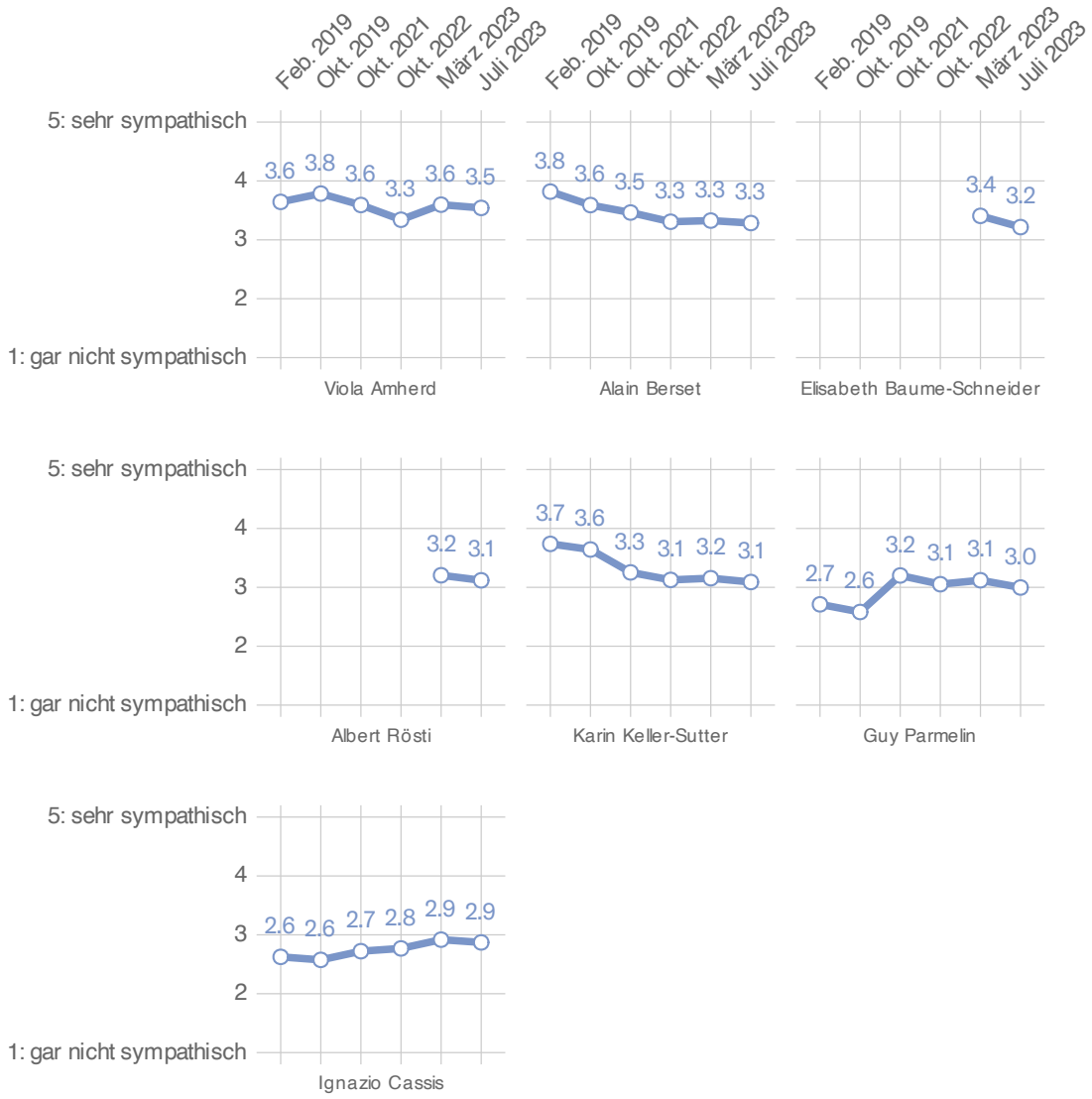
«Welche Bundesräte und Bundesrätinnen sind Ihrer Meinung nach besonders sympathisch?»



Wie bereits in den früheren Befragungen bildet Ignazio Cassis wieder das Schlusslicht. Ihn finden sowohl am wenigsten Befragte sympathisch wie auch am meisten unsympathisch, zur Zeit finden ihn auch mehr Befragte (eher) unsympathisch als sympathisch. Seine zur Halbzeit der Legislaturperiode gewonnenen Sympathien hat er wieder vollständig eingebüsst.

Sympathie der Bundesratsmitglieder– Zeitvergleich (Abb. 30)

Anteil sehr und eher symphytisch bzw. sehr und eher unsympathisch



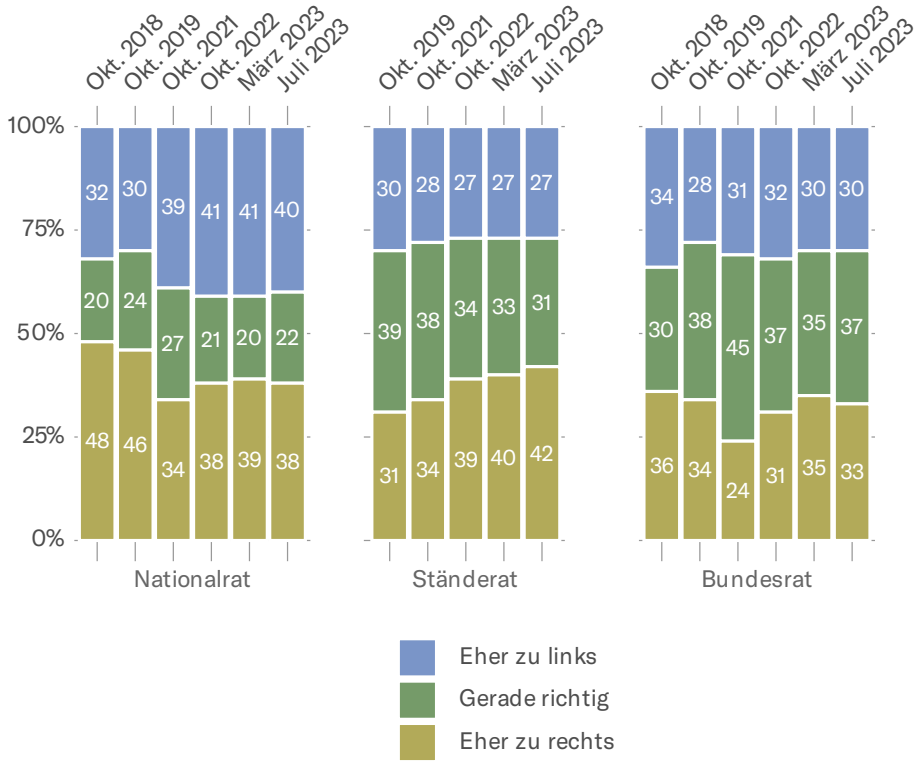
3.3. AUSRICHTUNG DER RÄTE

Wie schätzen die Wählerinnen und Wähler die politische Ausrichtung der beiden Parlamentskammern und der Regierung ein? Sind diese Institutionen ihrer Einschätzung nach politisch gerade richtig, oder eher zu links bzw. eher zu rechts ausgerichtet? Die Einschätzungen seit Oktober 2018 bis und mit Juli 2023 sind in Abbildung 31 dargestellt. In der Legislaturperiode

von 2015 bis 2019 waren jeweils deutlich mehr Wählende der Ansicht, dass der Nationalrat politisch zu weit rechts stehe als zu links. In der Folge kam es bei den nationalen Wahlen im Oktober 2019 zu einem für Schweizer Verhältnisse markanten Linksrutsch.

Beurteilung der Ausrichtung des Parlaments und der Regierung – Zeitvergleich (Abb. 31)

«Wie schätzen Sie die politische Ausrichtung des Nationalrats/Ständerats/Bundesrats in dieser Legislatur ein?»



Das aktuelle Parlament wird deutlich ausgeglichener eingeschätzt als das letzte, allerdings nahm diese relative Ausgeglichenheit im Vergleich zur Halbzeit der Legislaturperiode im Oktober 2021 mittlerweile wieder etwas ab. Noch gut eine von fünf befragten Personen betrachtet den Nationalrat als gerade richtig positioniert. 38 Prozent der Befragten betrachten den Nationalrat als eher zu rechts, leicht mehr (40%) als zu links.

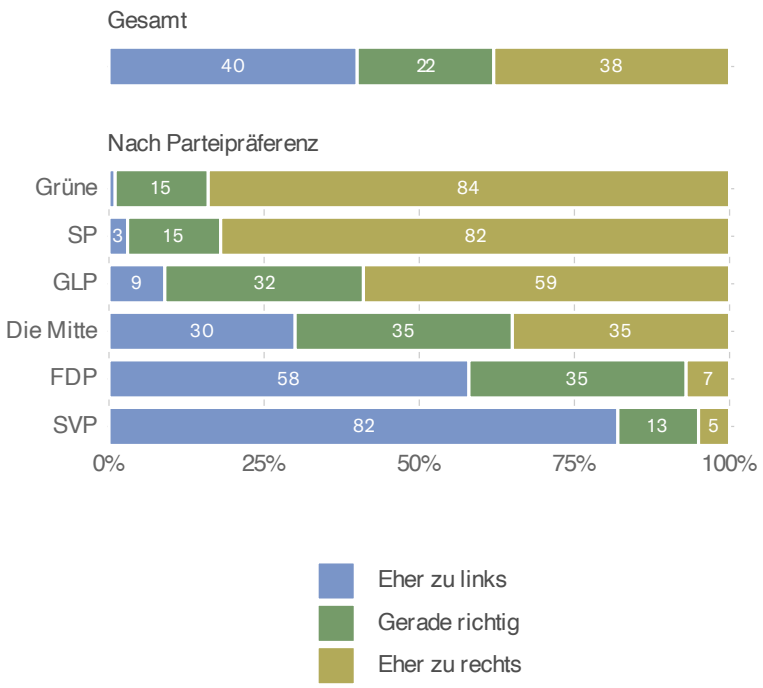
Anders sieht es bei der Einschätzung der politischen Ausrichtung für den Ständerat aus. Wurde er zu Beginn der Legislaturperiode von fast vierzig Prozent als gerade richtig positioniert be-

trachtet, ist dieser Anteil mittlerweile kontinuierlich auf leicht unter einem Drittel gesunken. Dafür nahm der Anteil derjenigen, die ihn als zu rechts betrachten, deutlich zu und stieg seit Oktober 2019 von 31 auf 42 Prozent. Als zu links empfindet gut ein Viertel der Befragten die kleine Kammer, das kommt gegenüber Oktober 2019 einen leichten Rückgang gleich.

Der Bundesrat wird von am meisten Befragten als gerade richtig eingeschätzt. Allerdings ging der Anteil derjenigen, die ihn gerade richtig positioniert finden, im Vergleich zur Halbzeit der Legislatur zurück. Direkt nach der Pandemie empfand fast die Hälfte der Bevölkerung die Regierung als gerade richtig positioniert, im Vergleich zur vorangehenden Legislatur kam das einer deutlichen Zunahme gleich. Mittlerweile ging der Anteil, die den Bundesrat gerade richtig positioniert finden, deutlich zurück und hat wieder das Niveau von vor den letzten nationalen Wahlen.

Beurteilung der Ausrichtung des Nationalrats – nach Partei (Abb. 32)

«Wie schätzen Sie die politische Ausrichtung des Nationalrats in dieser Legislatur ein?»

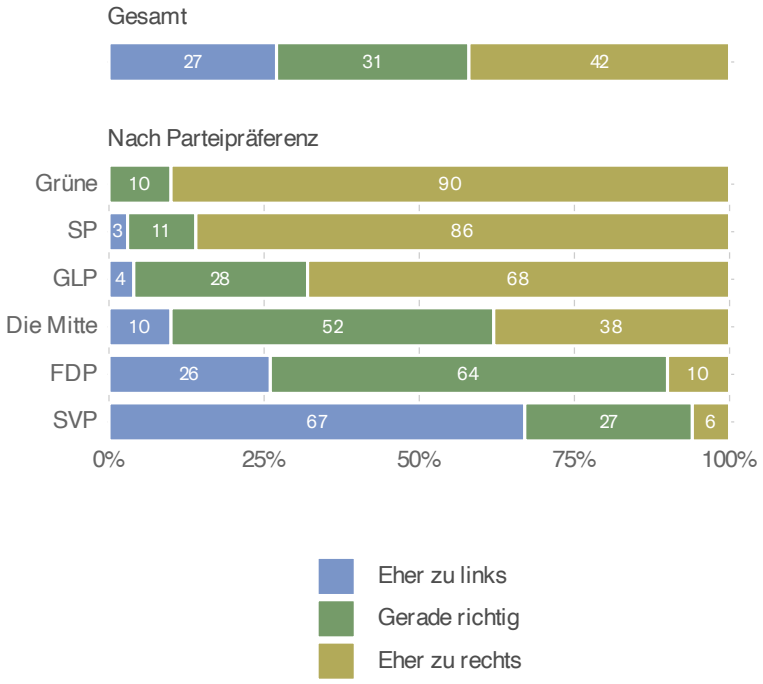


Bei dieser Frage zeigt sich die polarisierte Parteienlandschaft der Schweiz sehr deutlich. Die Wählenden der Polparteien nehmen sowohl den Nationalrat, den Ständerat und auch den

Bundesrat grossmehrheitlich als zu rechts respektive als zu links wahr. Am ausgeprägtesten ist diese Situation für die Einschätzung der Ausrichtung des Nationalrats zu beobachten: Von den Wählenden des rotgrünen Lagers empfinden 84 Prozent (Grüne) resp. 82 Prozent (SP) den Nationalrat als zu rechts. Von den Wählenden der SVP sind auf der anderen Seite 82 Prozent der Ansicht, der Nationalrat sei zu links. Nur eine Minderheit von um 15 Prozent der jeweiligen Parteiwählerschaften an den Polen des politischen Spektrums sind der Meinung, der Nationalrat sei gerade richtig positioniert. Bei den Wählerschaften der traditionellen bürgerlichen Parteien FDP und Mitte, aber auch von der GLP, ist dieser Anteil drei Mal so hoch und liegt bei über einem Drittel. Es zeigt sich weiter, dass je mehr sich die Parteiwählerschaften nach links bewegen, desto mehr nehmen Sie den Nationalrat als deutlich zu links wahr. Die Wählerschaft der Mitte weist hingegen von allen Parteiwählerschaften die ausgeglichenste Verteilung auf. Gut ein Drittel nimmt den Nationalrat als zu rechts wahr, ein weiteres gutes Drittel als gerade richtig und knapp ein Drittel als zu links.

Beurteilung der Position des Ständerats – nach Partei (Abb. 33)

«Wie schätzen Sie die politische Ausrichtung des Ständerats in dieser Legislatur ein?»



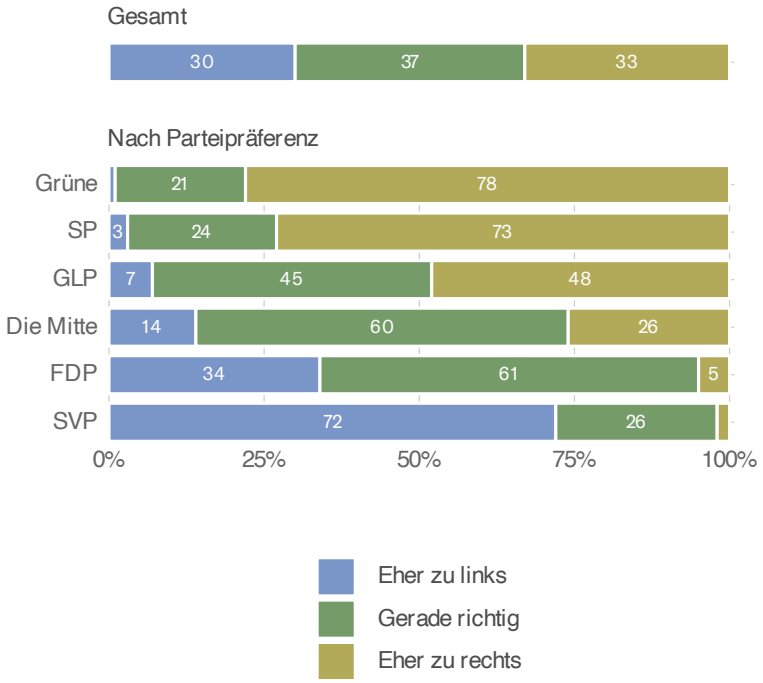
Die Mitglieder des Ständerats werden in fast allen Kantonen nach dem Majorzwahlrecht gewählt. Die stärkste Partei im Ständerat ist Die Mitte mit 14 Sitzen, gefolgt von der FDP mit 12 Sitzen. Folglich haben die Parteien der traditionellen bürgerlichen Schweiz in der kleinen Kammer mit 26 von 46 Sitzen eine klare Mehrheit inne. Das wirkt sich zum einen auf das Profil des Ständerats aus, zum anderen auf die Wahrnehmung durch die Wählenden.

Der Anteil der Befragten, der zufrieden mit der Ausrichtung des Ständerats ist, ist mit 31 Prozent zwar deutlich grösser als beim Nationalrat, den nur gut ein Fünftel gerade richtig positioniert findet. Dafür wird der Ständerat von 42 Prozent als zu rechts empfunden, beim Nationalrat liegt der Anteil mit 38 Prozent tiefer.

Am zufriedensten mit der Positionierung zeigt sich die Wählerschaft der FDP. Knapp zwei Drittel findet den Ständerat gerade richtig positioniert. Auch die Wählerschaft der Mitte ist zur Mehrheit zufrieden. In Übereinstimmung mit der politischen Positionierung dieser Partei ist bei der Mitte aber auch knapp 40 Prozent der Ansicht, der Ständerat wäre zu rechts, bei der FDP hingegen findet ihn ein Viertel zu links. Die SVP-Wählerschaft nimmt auch den Ständerat grossmehrheitlich als zu links wahr, gut ein Viertel ist zufrieden mit seiner Positionierung. Das entspricht einem bedeutend grösseren Anteil der Wählerschaft als dies im rotgrünen Lager der Fall ist, welches den Ständerat mit einem Anteil von gegen neunzig Prozent als zu rechts empfindet. Im Vergleich mit dem letzten Wahlbarometer vom März 2023 hat sich diesbezüglich praktisch nichts verändert.

Beurteilung der Ausrichtung des Bundesrats – nach Partei (Abb. 34)

«Wie schätzen Sie die politische Ausrichtung des Bundesrats in dieser Legislatur ein?»



Beim Bundesrat zeigt sich ein ähnliches Bild wie beim Ständerat. Die Wählerschaften der traditionellen bürgerlichen Parteien sind mehrheitlich der Ansicht, der Bundesrat wäre gerade richtig positioniert. Und obwohl im Bundesrat FDP und SVP im siebenköpfigen Gremium mit je zwei Sitzen vertreten sind, finden fast drei Viertel der SVP-Wählerschaft, dass der Bundesrat zu links sei, auch ein Drittel der FDP-Wählenden ist dieser Ansicht. Die linke Seite hat zwei Sitze im Bundesrat. Es ist daher wenig erstaunlich, dass von den Linken nur eine Minderheit die Landesregierung als gerade richtig positioniert betrachtet. Drei Viertel empfinden sie als zu rechts, weniger als ein Viertel als gerade richtig. Die GLP-Wählerschaft ist am meisten gespalten, ungefähr gleiche viele Befragten sind entweder der Ansicht, der Bundesrat wäre gerade richtig bzw. zu rechts ausgerichtet.

3.4. ZUSAMMENSETZUNG DES BUNDESRATS

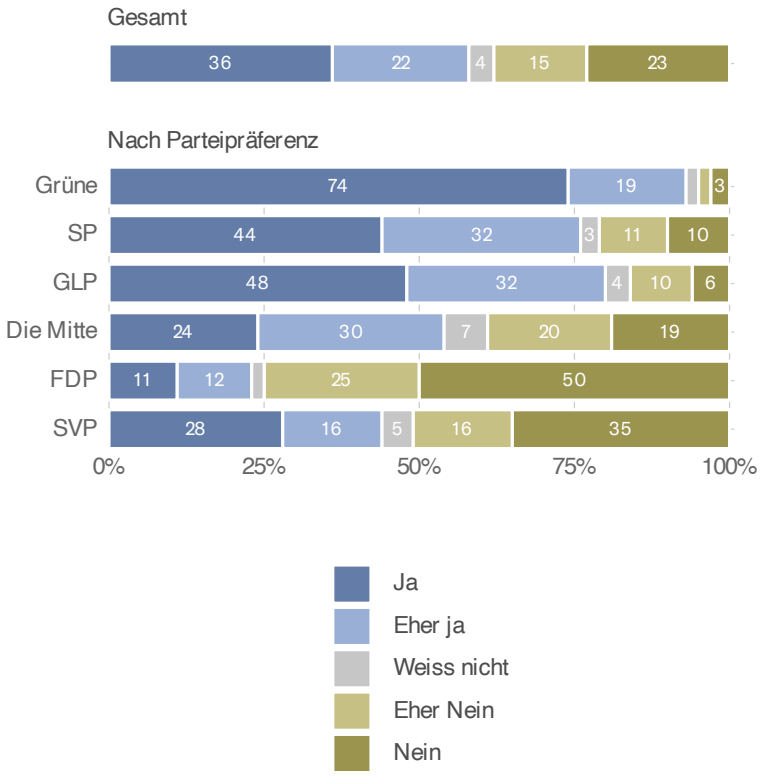
Seit dem Frühling 2023 werden die Teilnehmenden des Wahlbarometers auch nach ihrer Beurteilung der aktuellen parteipolitischen Zusammensetzung des Bundesrats und ihrer diesbezüglichen Zufriedenheit gefragt. Dazu liegen nun auch erste Vergleichsdaten vor. Die Datenerhebung für den vorliegenden Wahlbarometer erfolgte Anfang Juni 2023, d.h. vor der am 19. Juni 2023 bekannt gewordenen Vakanz im Bundesrat per Ende Jahr.

Aktuell wünschen sich knapp sechzig Prozent der Befragten (eher) eine Veränderung der parteipolitischen Zusammensetzung der Landesregierung, knapp vierzig Prozent (eher) nicht. Unentschieden sind nur vier Prozent. Allerdings sind sich die Parteiwählerschaften in dieser Frage nicht einig. Am deutlichsten eine Veränderung wünscht sich ganz klar die Wählerschaft der Grünen Partei. Die Grünen sind bisher auch nicht in der Landesregierung vertreten, obwohl ihr Wähleranteil über die Zeit stark angestiegen ist. Fast ihre gesamte Wählerschaft wünscht eine Veränderung der Zusammensetzung der Landesregierung.

Auch die GLP ist nicht im Bundesrat vertreten. Ihre Parteiwählerschaft spricht sich ebenfalls für eine neue Zusammensetzung aus, aber deutlich weniger dezidiert als die Wählerschaft der Grünen. Für eine Veränderung der Zusammensetzung der Landesregierung spricht sich auch die Wählerschaft der SP aus – zu ungefähr gleichen Teilen wie die der GLP. Gut die Hälfte der Wählerschaft der Mitte spricht sich ebenfalls für eine Veränderung aus, vierzig Prozent sind (eher) dagegen. Bei der SVP spricht sich eine hauchdünne Mehrheit gegen eine Veränderung aus, aber knapp die Hälfte wäre dafür. Nur die Wählerschaft der FDP ist zu drei Viertel deutlich gegen eine neue Zusammensetzung des Bundesrats.

Notwendigkeit einer Veränderung (Abb. 35)

Frage: «Wünschen Sie eine Veränderung der parteipolitischen Zusammensetzung des Bundesrats (Heute: 2 SVP, 2 SP, 2 FDP, 1 Mitte)?»



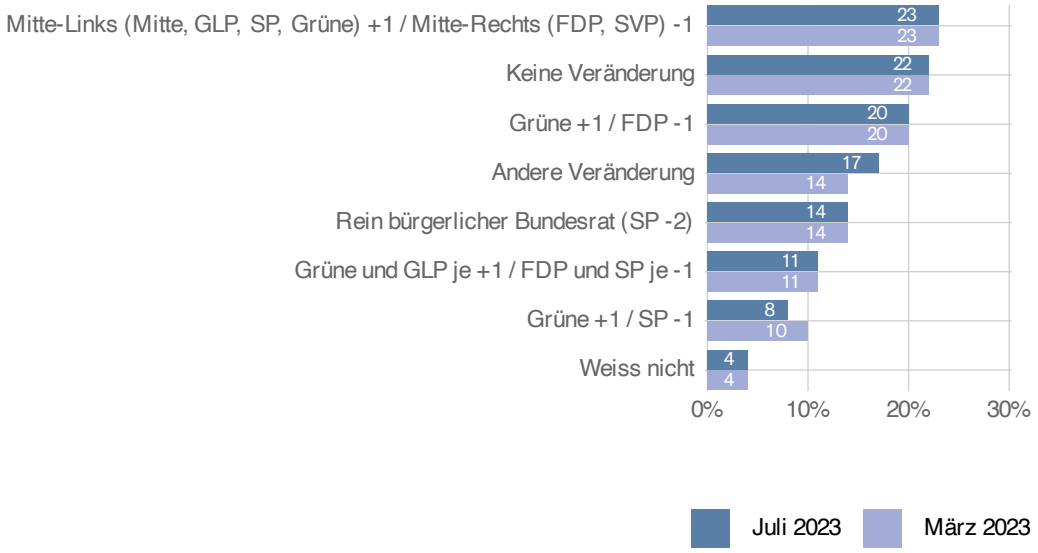
Dass die FDP-Wählerschaft nicht an einer Veränderung interessiert ist, ist nachvollziehbar, denn eine Neubestellung der parteipolitischen Zusammensetzung könnte die FDP direkt betreffen. Seit geraumer Zeit wird darüber debattiert, ob nicht das Mitte-rechts-Lager mit zwei FDP und zwei SVP-Sitzen im Bundesrat eher übervertreten ist.

Die Zustimmungswerte zu den möglichen Rochaden sind seit Frühjahr 2023 nahezu unverändert. Der Vorschlag, dass Mitte-rechts einen Sitz zu Gunsten des links-progressiven Lagers abgäbe, stösst mit knapp einem Viertel denn auch auf am meisten Zustimmung in Bezug auf eine allfällige Neuzusammensetzung. Allerdings wünschen sich auch fast gleich viele Befragte keine Veränderung der Regierungszusammensetzung. Ein Fünftel der Befragten wäre konkret dafür, den Grünen einen Sitz auf Kosten der FDP zukommen zu lassen.

Alle anderen Vorschläge kommen deutlich schlechter an. Sowohl ein rein bürgerlicher Bundesrat oder ein Bundesrat mit nur noch einem Sitz der SP zu Gunsten von grün bzw. grünliberal, findet nur sehr wenig Zustimmung.

Art der parteipolitischen Veränderung (Abb. 36)

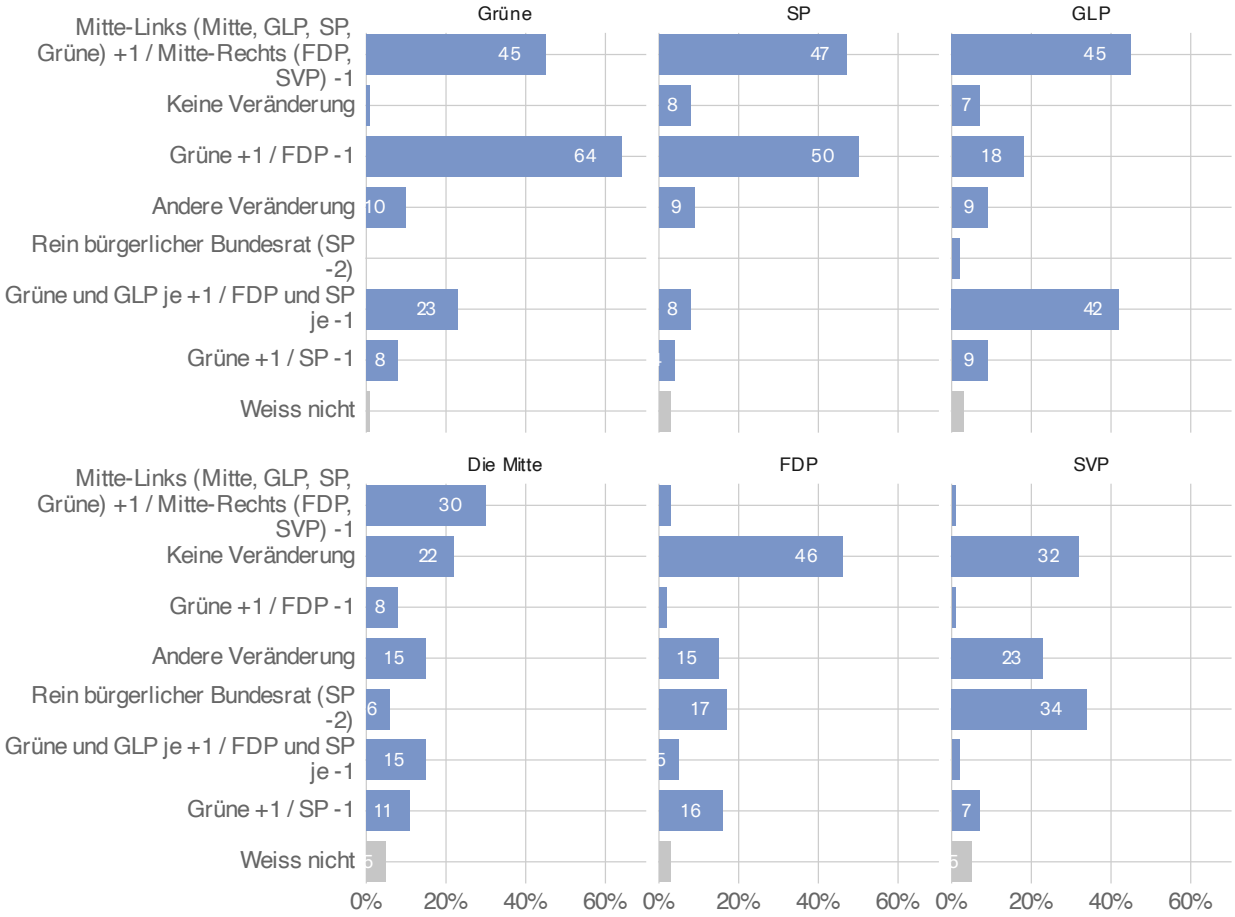
Frage: «Welche der folgenden Anpassungen würden Sie begrüssen? (Markieren Sie alle Varianten, die Sie besser finden als die aktuelle)»



Von den einzelnen Parteiwählerschaften spricht sich die FDP am deutlichsten für den Status Quo aus. Die Wählerschaft der Grünen hätte am liebsten einen Sitz für die eigene Partei zu Lasten der FDP, spricht sich aber auch knapp mehrheitlich für eine generelle Stärkung des links-progressiven Lagers zu Lasten von Mitte-rechts aus. Unterstützung bekommt sie dafür von der SP-Wählerschaft, die es ganz ähnlich sieht. Auch die GLP-Wählerschaft möchte eher dem Mitte-rechts Lager einen Sitz wegnehmen, könnte sich aber zu gut vierzig Prozent auch vorstellen, statt der FDP der SP einen Sitz zu Gunsten von grün und grünliberal zu geben. Die Wählerschaft der Mitte ist sich nicht wirklich einig, spricht sich aber etwas häufiger für eine Zusammensetzung mit einem Sitz mehr für Mitte-Links aus als für den Status Quo. Die SVP-Wählerschaft hat keine Mehrheitspräferenz, ein rein bürgerlicher Bundesrat oder der Status Quo stossen je bei etwa einem Drittel der Wählerschaft auf Zustimmung.

Art der parteipolitischen Veränderung (Abb. 37)

Frage: «Welche der folgenden Anpassungen würden Sie begrüssen? (Markieren Sie alle Varianten, die Sie besser finden als die aktuelle)» - Nach Parteien



Profil der Wählenden

Wie setzt sich die Wählerschaft der einzelnen Parteien nach demographischen und sozioökonomischen Kriterien zusammen? Im folgenden Kapitel wird das Profil der Parteianhängerschaften unter die Lupe genommen. Das stabile Parteiengefüge der Schweiz bringt es mit sich, dass sich bei der aktuellen Wahlabsicht auch in soziodemographischer Hinsicht stabile Muster zeigen. Dennoch sind einige Auffälligkeiten festzustellen, die im Einklang stehen mit den ausgewiesenen Veränderungen in Bezug auf den Wahlentscheid.

4.1. DEMOGRAPHIE: GESCHLECHT UND ALTER

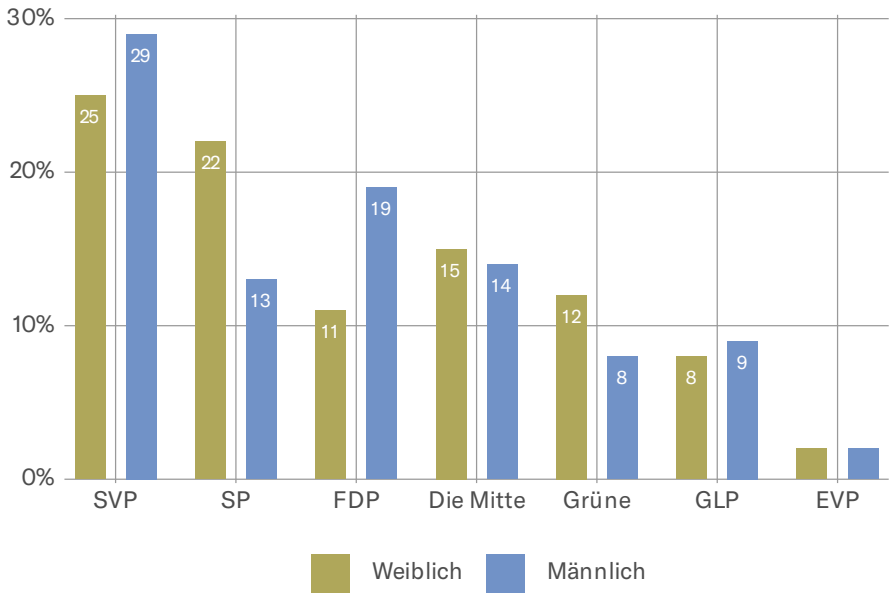
Die Mitte und die GLP werden praktisch zu gleichen Teilen von Männern und Frauen unterstützt, während dies sowohl bei links wie rechts der Mitte stehenden Parteien nicht zutrifft. Abbildung 38 zeigt, dass Parteien des rechten Spektrums einen höheren Anteil an Wählern haben, während die Parteien auf der linken Seite von mehr Wählerinnen unterstützt werden. Am ausgeprägtesten sind die Unterschiede zwischen Wählerinnen bzw. Wählern bei der SP sowie bei der FDP.

Knapp dreissig Prozent der Männer würden heute die SVP wählen und 19 Prozent die FDP, d.h. die Hälfte der männlichen Wählerschaft unterstützt eine Partei, die rechts der Mitte angesiedelt

ist. Ein Fünftel der Männer würde links-grün wählen, ein Viertel eine Partei in der politischen Mitte. Von den Wählerinnen würden mit 36 Prozent resp. 34 Prozent ungefähr gleich viele eine Partei des rechten resp. links-grünen Spektrums wählen, gut ein Viertel eine Zentrumspartei.

Wähleranteile nach aktueller Wahlabsicht – Nach Geschlecht (Abb. 38)

«Welche Partei würden Sie hauptsächlich wählen, wenn am kommenden Wochenende in der Schweiz Nationalratswahlen wären?»

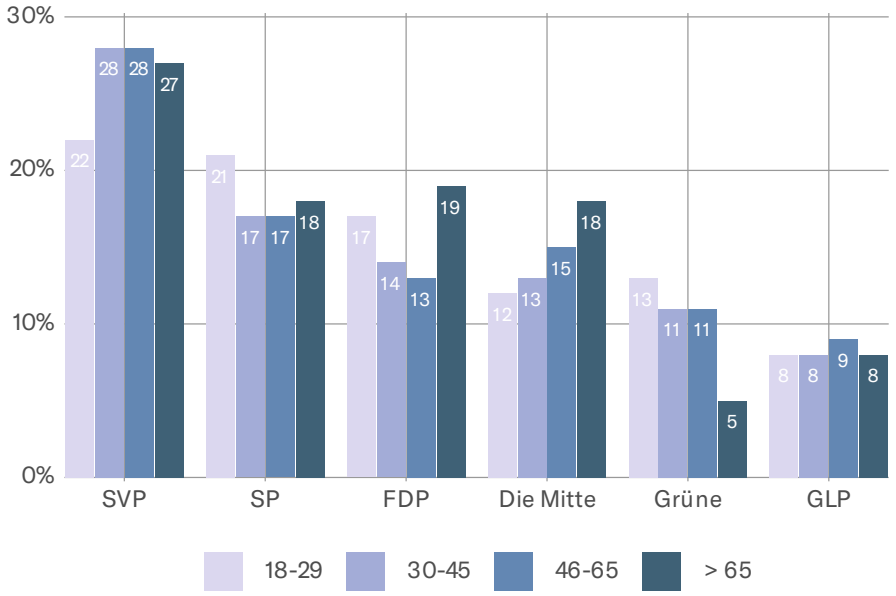


Die traditionellen Parteien der Schweiz, die Mitte und die FDP, sind die Parteien, die von älteren Wähler:innen besser unterstützt werden als von jüngeren. Die Mitte hat bei Personen über 65 einen 1.5 Mal so grossen Wähleranteil als bei den Personen unter 45. Genau umgekehrt zeigt sich das Bild bei den Grünen. Die Partei behält ihre Attraktivität für junge Wählersegmente, sie hat fast drei Mal so viele Unterstützer:innen unter dreissig als im Rentenalter.

In allen Altersgruppen auf einen ungefähr gleich hohen Wähleranteil kommt vor allem die GLP. Aber auch die SVP und die SP zeigen im Vergleich zu früheren Auswertungen wieder relativ ausgeglichene Wählersegmente in den unterschiedlichen Altersgruppen. Bei der SVP allerding in der Tendenz zu Personen über 30, die SP hingegen konnte wieder bei den Jungen zulegen.

Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht – Nach Alter (Abb. 39)

«Welche Partei würden Sie hauptsächlich wählen, wenn am kommenden Wochenende in der Schweiz Nationalratswahlen wären?»



Betrachtet man die Wahlentscheidung der Altersgruppen nach Geschlecht, zeigen sich einige Auffälligkeiten. Am ausgeprägtesten ist der Geschlechterunterschied innerhalb einer Altersgruppe bei der SP und den Grünen sowie bei der FDP und – vor allem bei der jüngsten Generation – bei der SVP. Auf der anderen Seite zeigen sich über alle Altersgruppen hinweg bei der Wählerschaft der Mitte und der GLP praktisch keine Geschlechterunterschiede.

Betrachtet man die jüngste Altersgruppe innerhalb der Wählerschaft, so zeigen sich bei den beiden links stehenden Parteien grosse Geschlechterunterschiede. SP und Grüne haben knapp zwei Mal so viele Wählerinnen unter 30 als Wähler. Dafür liegt der Anteil an jungen Wählern bei SVP und FDP gut 1.5x so hoch wie der Anteil an jungen Wählerinnen.

Bereits bei den 30 bis 45jährigen sind die Geschlechterunterschiede viel weniger ausgeprägt. Allerdings sind auch für diese Altersgruppe die Parteien des linken Spektrums für Wählerinnen attraktiver sind als für Männer und umgekehrt können die

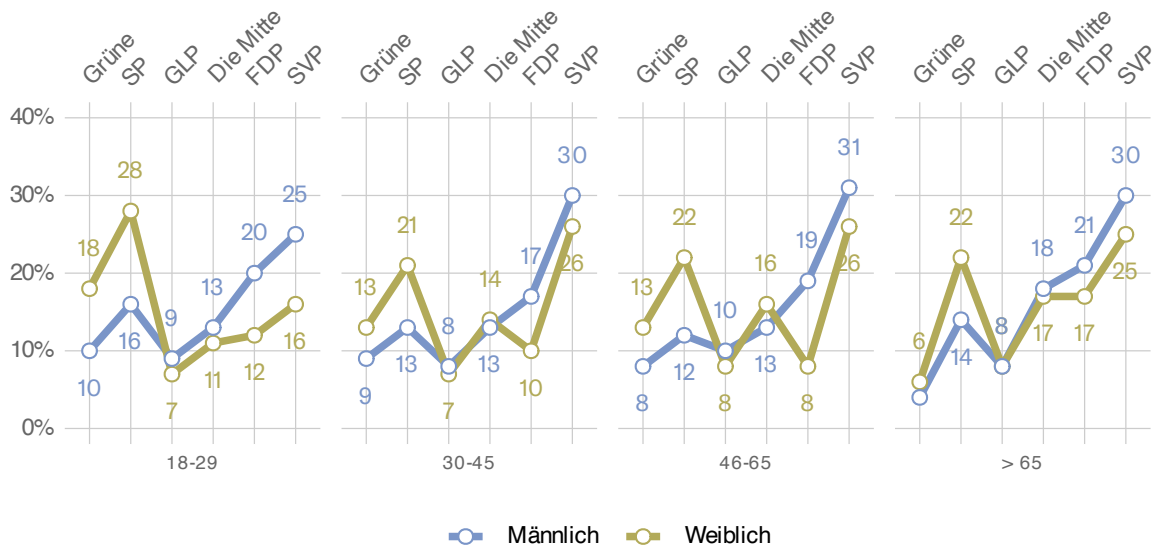
Parteien des rechten Spektrums mehr Wähler als Wählerinnen zwischen 30 und 45 überzeugen.

Ebenfalls eine grosse Geschlechterdifferenz – nach bereits ausgeführtem Muster – zeigt sich in der Altersgruppe der 46-65jährigen bei der Wählerschaft der FDP sowie der SP.

Bei der Altersgruppe über 65 zeigt sich nur noch bei der SP ein starker Geschlechterunterschied. Bei den Grünen hingegen ist er praktisch verschwunden, deutlich weniger ausgeprägt ist er auch bei den Parteien auf der rechten Seite.

Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht – Nach Alter und Geschlecht (Abb. 40)

«Welche Partei würden Sie hauptsächlich wählen, wenn am kommenden Wochenende in der Schweiz Nationalratswahlen wären?»



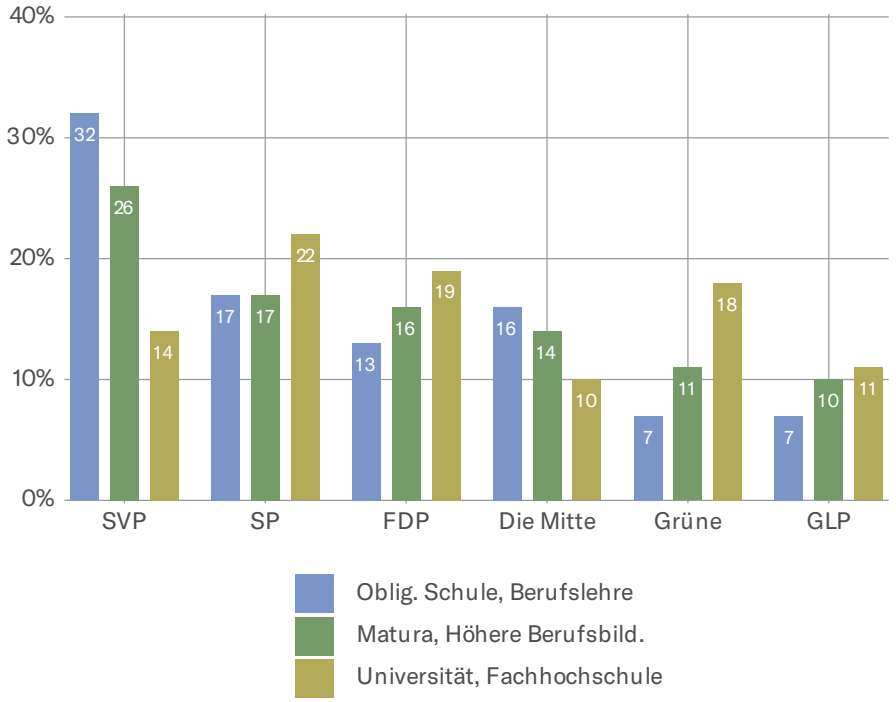
4.2. SOZIALE SCHICHTUNG: BILDUNG UND EINKOMMEN

Bildungsabschluss und Einkommen sind die beiden wichtigsten Merkmale der sozialen Schichtung. Die Auswertung der Profile der einzelnen Wählerschaften zeigt, dass diese beiden Merkmale zwischen den einzelnen Parteiwählerschaften sehr unterschiedlich verteilt sind.

Wie Abbildung 41 zeigt, ist die Verteilung nach Bildungsniveau zwischen den Parteien sehr ungleich. Die SVP hat einen mehr als doppelt so hohen Anteil an Wählenden mit tieferer Bildung als mit höherer Bildung, auch die Mitte verfügt über mehr Wählende mit tieferer als mit höherer Bildung, allerdings sind die Unterschiede nur geringfügig. Genau umgekehrt ist es bei der Wählerschaft der Grünen, in deren Wählerschaft doppelt so viele Personen über einen höheren Bildungsabschluss verfügen als über einen tieferen. Auch in der Parteiwählerschaft der SP weisen am meisten Personen einen höheren Bildungsabschluss auf, so wie auch in der Wählerschaft der FDP und der GLP prozentual etwas mehr Personen über einen höheren Bildungsabschluss verfügen als über einen tieferen.

Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht – Nach Bildungsabschluss (Abb. 41)

«Welche Partei würden Sie hauptsächlich wählen, wenn am kommenden Wochenende in der Schweiz Nationalratswahlen wären?»

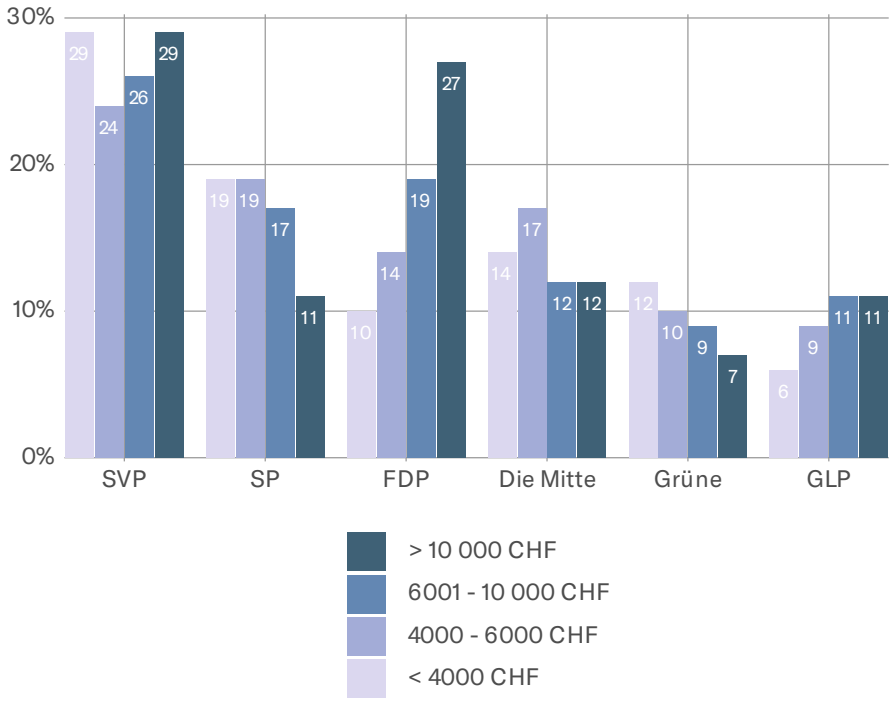


Aufgeschlüsselt nach Einkommensgruppen, zeigen sich grosse Unterschiede in der Zusammensetzung der einzelnen Parteiwählerschaften. Seit diesem Jahr werden die Einkommen der Befragten individuell erhoben und nicht mehr, wie in früheren Ausgaben des Wahlbarometers, das Haushaltseinkommen.

Aus diesem Grund ist auch die Vergleichbarkeit mit früheren Wahlbarometern eingeschränkt.

Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht; nach monatlichem Haushaltseinkommen (Abb. 42)

«Welche Partei würden Sie hauptsächlich wählen, wenn am kommenden Wochenende in der Schweiz Nationalratswahlen wären?»



Von den Personen mit einem monatlichen Haushaltseinkommen von über 10’000 Franken wählen über ein Viertel die FDP, knapp dreissig Prozent wählt die SVP. Über die Hälfte der sehr gut verdienenden Personen in der Schweiz geben ihre Stimme einer der beiden Parteien aus dem rechts-bürgerlichen Spektrum. Allerdings hat die SVP auch bei den Personen aus den tiefsten Einkommensklassen mit knapp dreissig Prozent den höchsten Wähleranteil, während in der Wählerschaft der FDP diejenigen mit einem Einkommen von weniger als 4’000 Franken den kleinsten Teil ausmachen.

Die Wählerschaften der links positionierten Parteien SP und Grüne haben hingegen den kleinsten Anteil in ihrer Wählerschaft bei den sehr gut verdienenden Personen, dafür haben sie in ihrer Wählerschaft einen höheren Anteil an weniger verdienenden Personen.

Die Mitte ist die Partei, deren Wählerschaft sich relativ gleichmässig auf die Einkommensklassen verteilt, in etwas weniger deutlichem Masse ist dies auch die Wählerschaft der GLP der Fall.

Bei der Wählerschaft der FDP und der GLP widerspiegelt sich das Bildungsniveau in der Einkommensverteilung. Die Parteien haben den höchsten Anteil an gut ausgebildeten Personen, aber auch an gut Verdienenden. Bei der SP und den Grünen ist es gerade umgekehrt. Beide haben in ihrer eine Wählerschaft überdurchschnittlich viele gut ausgebildete Personen, aber gleichzeitig den kleinsten Wähleranteil in den höchsten Einkommensklassen. Die SVP hat in ihrer Anhängerschaft einen höheren Anteil an wenig gut Ausgebildeten und auch an wenig Verdienenden, gleichzeitig hat sie aber auch einen hohen Anteil an sehr gut verdienenden Person in ihrer Wählerschaft.

Die Wählerschaft der Mitte verteilt sich vor allem hinsichtlich Einkommen über alle Gruppen relativ gleichmässig, bezüglich Bildungsabschlüsse sind die besser Ausgebildeten in der Wählerschaft am wenigsten vertreten.

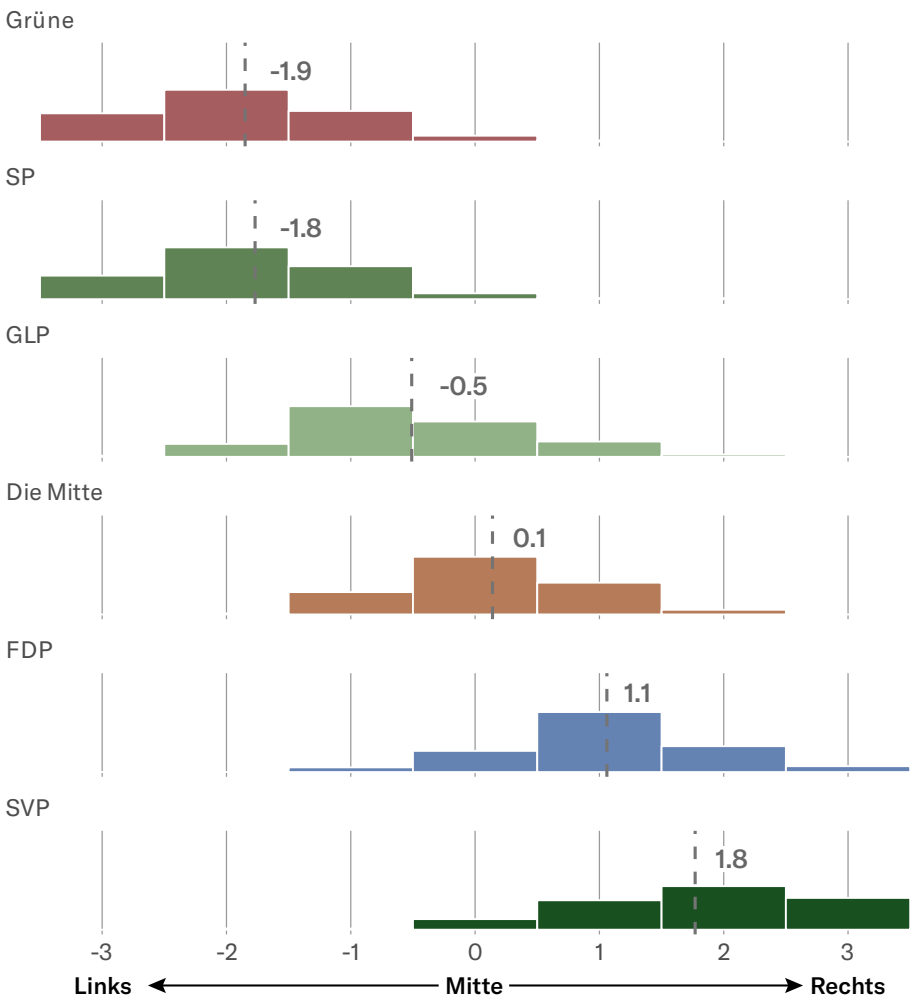
Abschliessend kann festgehalten werden, dass die Schere zwischen Bildung und Einkommen im rotgrünen Lager am stärksten auseinanderdriftet. Die Wählerschaft der SP und der Grünen weist mehr überdurchschnittlich Gebildete als wenig gut ausgebildete Personen aus, viele ihrer Wählerinnen und Wählern gehören jedoch auch den unteren Einkommensklasse an. Dies ist auch damit zu erklären, dass es sich bei der Wählerschaft der linken Parteien um eine im Durchschnitt jüngere Wählerschaft handelt und dass auch die postmateriell orientierten Personen, die gar kein hohes Einkommen anstreben, bei ihnen überdurchschnittlich vertreten sind.

4.3. SELBSTPOSITIONIERUNG AUF DER LINKS-RECHTS-ACHSE

Die Teilnehmenden der Befragung wurden gebeten, sich im politischen Spektrum zwischen links und rechts einzuordnen. Abbildung 43 zeigt das politische Profil der Wählerschaft der einzelnen Parteien. Fast identisch fällt die Selbstpositionierung der Wählerschaft der Grünen und der SP aus, wobei nun neu die Wählerschaft der SP ganz links zu stehen kommt. Im Spektrum zwischen links (-3) und rechts (+3) positioniert sich die Basis der SP bei -1,9, die der Grünen bei -1,8. Die Anhängerschaft der GLP ist mit -0,5 leicht links der Mitte positioniert, während die Mitte mit +0,1 genau in Mitte mit minimalstem Rechtsdrall angesiedelt ist. Klar rechts der Mitte befindet sich hingegen die Wählerschaft der FDP. Ihre mittlere Position liegt bei 1,1. Die FDP hat einen leichten Rechtsrutsch erlebt und unterscheidet sich dadurch heute stärker von der ehemaligen CVP und der BDP bzw. der Mitte als von der SVP-Wählerschaft. Diese ist mit 1,8 die Partei, die am weitesten rechts im politischen Spektrum der Schweiz zu verorten ist.

Verteilung der Wählenden der Parteien im Links-rechts-Spektrum (Abb. 43)

«Wo würden Sie sich auf einer Skala zwischen «links» und «rechts» einstufen?»



Datenerhebung und Methode

Die Datenerhebung des SRG SSR Wahlbarometers fand zwischen dem 8. Juni und dem 22. Juni 2023 statt. Die Befragung erfolgte online, die Teilnehmenden wurden einerseits über die Webportale von SRG SSR, andererseits via Online-Panel von Sotomo rekrutiert. Nach der Bereinigung und Kontrolle der Daten konnten die Angaben von 25‘216 Stimmberechtigten für die Auswertung verwendet werden (Deutschschweiz: 20‘687, Franz. Schweiz: 3878, Ital. Schweiz: 651).

Da sich die Teilnehmenden der Umfrage selber rekrutieren (opt-in), ist die Zusammensetzung der Stichprobe nicht repräsentativ für die Grundgesamtheit. So nehmen typischerweise mehr Männer als Frauen an politischen Umfragen teil. Den Verzerrungen in der Stichprobe wird mittels statistischer Gewichtungsverfahren entgegengewirkt. Die Gewichtung erfolgt dabei mittels IPF-Verfahren (*Iterative Proportional Fitting*). Neben räumlichen (Wohnort) und soziodemographischen (Alter, Geschlecht, Bildung) Gewichtungskriterien werden dabei auch politische Gewichtungskriterien beigezogen (Stimm- und Wahlverhalten, regionale Parteienstruktur usw.). Durch die Gewichtung wird eine hohe Repräsentativität für die aktive Stimmbevölkerung erzielt. Der Stichprobenfehler, wie er für Zufallsstichproben berechnet wird, lässt sich nicht direkt auf politisch gewichtete opt-in Umfragen übertragen. Die Repräsentativität dieser Befragung ist jedoch vergleichbar mit einer Zufallsstichprobe mit einem Stichprobenfehler von +/-1,2 Prozentpunkten.